

66

Juli/ Aug. '97  
12. Jahrgang  
DM 3,00

# Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,  
Faschismus und Imperialismus

Titelthema:

## WEHRMACHT: Vorbild der Bundeswehr?

Weitere Themen:

Justiz

- Urteil in Lübeck  
- Lemke-Prozess

Antifaschismus

- Mädchen in Horde - damals und heute

Internationales :

- Türkische Intervention in Nord-Irak  
- Friedenszug Mus. Anter

Antifaschistisches Pressebüro  
Postfach 101 101  
10115 Berlin  
Tel./Fax: 030 41116219  
Blz: 100 500 000 Kto-Nr. 100 500 000

## Inhalt

### 3 Editorial

#### Berichte

- 4 Wehrmacht - Vorbild der Bundeswehr ? (Teil I)
- 18 Milli Görüs bei Borussia Dortmund
- 19 Zum Urteil gegen den Nazi-Mörder Thomas Lemke
- 24 Die Hintergründe der Militärintervention in Nord-Irak
- 26 Unter Feuer - Interessengegensätze in Afghanistan
- 27 Brandanschlag auf Asylheim in Recklinghausen
- 34 Zur Europareise von Norma Lorena Valdez Santos

#### Aufruf

- 31 Kurtulus - legal in der Türkei... und in Deutschland ?
- 35 Friedenszug Musa Anter
- 36 Kein Urlaub in der Türkei !

#### Kommentare

- 10 Ein Freispruch der schwer wiegt

#### Interview

- 13 Mädchen in Hörde - damals und heute

#### Material

- A Konterguerilla - Krieg gegen das Volk (Teil IV)

- 28 Kurnachrichten

## Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habehahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Abonnements-Bedingungen:**  
**Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM**  
**Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM**  
**Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2**

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-

## AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch  
 Oerweg 28  
 45657 Recklinghausen  
 Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:  
 Antifa-Zentrum  
 Herner Str. 43  
 45657 Recklinghausen  
 Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung  
 montags, ab 20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:  
 BLZ: 430 500 01  
 Kto.-Nr.: 334 01 027  
 Stichwort: AntifaZ  
 Sparkasse Bochum

Auflage: 1000  
 Druck: Emek Essen

## EDITORIAL

Mal wieder "Sommerloch" - Ausgabe ?

Angesichts der Fülle der vorliegenden Manuskripte kann von einer Themen - Flaute keine Rede sein. Wie so oft in letzter Zeit standen wir vor der Frage: "Was fliegt raus ?"

Dahinter steht ja im Grunde die alte Frage nach "dem Wichtigsten" - bei einer zweimonatig erscheinenden Zeitschrift keine sehr leicht zu lösende Aufgabe.

Da wir davon ausgehen, dass die Frage von Krieg und Frieden eine für "unser Land" zunehmend "bedrohlichere" wird, werden wir uns in Zukunft häufiger damit beschäftigen.

"Schwerpunkt" dieser Ausgabe ist ein weiterer Bericht über die Ausstellung "**Verbrechen der Wehrmacht**", dem K. Dillmann den Titel "**Wehrmacht - Vorbild der Bundeswehr ?**" gegeben hat.

Auch das vorliegende **Urteil im Lübecker Prozeß** scheint uns von besonderer Bedeutung, außerdem erhielten wir einen weiteren Prozeß - Abschlußbericht, und zwar aus dem Prozeß gegen den mehrfachen Nazi - **Mörder Lemke**. Diesen Bericht erhielten wir vom "**Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus**".

Die nunmehr seit Monaten ohne großen Protest der Weltöffentlichkeit durchgeführte **militärische Intervention der türkischen Armee im Nord-Irak** ist Thema eines Kommentars.

Dass sich nicht nur organisierte AntifaschistInnen für das Thema Faschismus interessieren, zeigt die Arbeit einer Gruppe von **Mädchen in Dortmund - Hörde**. Die AntifaZ druckt ein Interview mit der Gruppe.

Vorgesehen war für diese Ausgabe auch der vierte Teil einer Serie über die "**Wewelsburg - Geschichte einer SS - Kultstätte**", der allerdings wegen einiger Recherche - Probleme erst in der kommenden Ausgabe abgedruckt wird.

Wie sehr die Dokumentation über die weltweite "Konterguerilla" (in dieser Ausgabe der abschließende Teil) an Aktualität gewinnt, zeigen die Vorkommnisse in der Türkei, wo große Teile der Bevölkerung inzwischen täglich die faschistischen Verbrechen des Staates anprangern und die Bestrafung der Verantwortlichen fordern.

In diesem Zusammenhang sei eindringlich auf den Aufruf zum Tourismus - Boykott in der Türkei hingewiesen, den wir auf der letzten Seite abdrucken.

"Eigentlich" hätte das Schwerpunktthema auch "Brände in Deutschland" lauten können. Angesichts der Tatsache, dass Brandanschläge, neofaschistische Gewalttaten, Hakenkreuzschmierereien zur Zeit zum Alltag dieser Republik gehören, haben wir davon abgesehen - wir gehen davon aus, dass darüber im Grunde jeder Bescheid weiß.

Eher am Rande steht daher auch ein Bericht über einen Brandanschlag gegen ein Asylbewerberheim in Recklinghausen, bei dem es nur zufällig nicht zur Katastrophe kam - die geworfene Benzinflasche entzündete sich nicht, und die 80 BewohnerInnen kamen mit dem Schrecken davon.

Außerdem gibt es Kurznachrichten, endlich mal wieder einen Artikel von **Thea A. Struchtemeier**, die einige afghanische Wissenschaftler zur aktuellen Lage ihres Landes befragt hat.

Und - nicht zu vergessen - der Aufruf zur Teilnahme am "**Friedenszug Musa Anter**", der vom 26. August - 1. September von Brüssel nach Diyarbakir fährt - ein weiterer Höhepunkt im Kampf um Frieden in Kurdistan.

So, trotzdem viel Spaß im Urlaub,

Für die Redaktion

Antifaschistisches Pressearchiv und  
Bildungszentrum Berlin e.V.  
Falckenste... 46 10907 Berlin  
Tel./Fa  
Blz.: 100 000 007 110-111-0670017787

WT



## WEHRMACHT: VORBILD DER BUNDESWEHR?

Zur Wanderausstellung über Verbrechen der deutschen Wehrmacht  
(Teil 1)

Seit ihrem Start in Hamburg im Frühjahr 1995 erregt die vom Hamburger Institut für Sozialforschung zusammengestellte Wanderausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der deutschen Wehrmacht 1941-1944" in zunehmendem Maße in Deutschland Aufmerksamkeit. Das starke Interesse läßt sich schon äußerlich an der von Ort zu Ort zunehmenden Besucherzahl ablesen. Bis Februar 1997, als sie nach Karlsruhe kam, hatte die Ausstellung in 14 Städten stattgefunden und insgesamt rund 120.000 Besucher angezogen. Allein in München wurde sie (im März/April 1997) von knapp 90.000 Menschen besucht, in Frankfurt kamen (im April/Mai 1997) über 100.000 Interessierte, so daß der Besucherstand bis zum Umzug nach Bremen bei über 300.000 lag. Wegen des starken Andrangs (pro Tag über 2500 Personen, das Fritz-Bauer-Institut zählte insgesamt rund 900 Besuchergruppen, überwiegend Schulklassen) waren in Frankfurt die Öffnungszeiten z.T. bis 21 Uhr und am letzten Tag sogar bis 2 Uhr nachts ausgedehnt worden. Rund 60 weitere (deutsche und österreichische) Städte haben ihr Interesse an der Ausstellung angemeldet. Dahinter steckt nicht so sehr Sensationslust, das zeigt vielmehr, daß in dieser Hinsicht ein starker Nachholbedarf an Aufarbeitung der Nazizeit besteht. Dies wird auch bei einem Blick auf Reaktionen auf die Ausstellung und dort Gesehenes oder nicht Gesehenes deutlich.

### ECHO IN LESERBRIEFEN

Die Auswertung des Leserbriefechos bietet die Möglichkeit, ein vergleichsweise detailliertes Bild davon zu gewinnen, wie

die Ausstellung beim Publikum "angekommen" ist. Die Frankfurter Ausstellung unternahm den Versuch, das bisherige Echo der Öffentlichkeit an Hand von Zeitungsartikeln und Leserbriefen

mitzudokumentieren. Auch eine eingehende Fragebogenaktion, an der sich immerhin über 4500 Besucher beteiligten, diente diesem Ziel.

Die Leserschriften zu den örtlichen Zeitungen (als Beispiel

wird hier der *WIESBADENER KURIER* herangezogen, in dem es vor allem um die Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche ging) zeigen jedoch ein hohes Maß an Umstrittenheit bis hin zu (sachlich ungerechtfertigten) Vorwürfen der Fälschung oder Falscheinordnung von Dokumenten.

Einige "alte Kameraden", die mit eigener Teilnahme am "Unternehmen Barbarossa" (Überfall auf die Sowjetunion) kokettierten, versuchten, die Wehrmacht von allen Mäkeln sauberzuwaschen, andere waren bestrebt, angesichts der nicht zu leugnenden Verbrechen zumindest die Armeen der damaligen Siegermächte auf das Niveau der Wehrmacht herabzuziehen, indem sie etwa auf massenhafte Vergewaltigungen deutscher Frauen durch Soldaten der Roten Armee oder auf die militärisch nicht zu rechtfertigende **Bombardierung der Stadt Dresden**, in der Tausende von Flüchtlingen verbrannten, durch britische und amerikanische Bombergeschwader hinwiesen oder ihrem Ärger darüber Luft machten, daß 50 Jahre nach Kriegsende immer noch die Nazi-Vergangenheit beschworen werde. Während Großbritannien etwa dem **Bombergeneral Harris** (der für den terroristischen Luftkrieg gegen die deutsche Bevölkerung hauptverantwortlich war) ein Denkmal setze, übe man sich in Deutschland in Selbstzerfleischung; dabei wird naiverweise davon ausgegangen, daß **eine Anprangerung des Nazi-Regimes zugleich eine Verunglimpfung des deutschen Volkes** sei. Geradezu peinlich wirkt eine Aufrechnung von Verbrechen etwa dann, wenn dem mörderischen Treiben der Wehrmacht und der ihr auf den Fuß folgenden

Sondereinsatzkommandos auf sowjetischem Boden z.B. die Taten sowjetischer Partisanen entgegengehalten werden, so als wäre der Krieg nicht vom Nazi-staat, sondern von der Sowjetunion ausgegangen. Geschickter verpackt wird eine solche Vorgehensweise mit der (selbst in hochhoffiziellen Schriften der Bundeswehrführung von sogenannten Militärwissenschaftlern) in die Welt gesetzten (völlig aus der Luft gegriffenen) Behauptung, **die Wehrmacht sei einem sowjetischen Angriff auf Deutschland lediglich zugekommen**.

Nicht berücksichtigt werde bei der daher einseitigen Ausstellung die (zuletzt unter dem schließlich von Hitler zu seinem Nachfolger bestimmten Großadmiral **Karl Dönitz** stehende) Kriegsmarine, die immer anständig geblieben sei und sich um die Rettung von Millionen deutscher Flüchtlinge verdient gemacht habe. Ein solches Argument zielt darauf, **die 15-Tage-Regierung unter Dönitz nachgerade zu legitimieren**, und kommt daher in gewissen Kreisen der CDU gut an.

(Der auf allen Weltmeeren tobende Seekrieg war - auf beiden Seiten - besonders mörderisch, da mit dem Untergang eines Kriegs- oder Handelsschiffes auf hoher See oft Tausende an Menschen mitversanken. Flüchtlingen aus dem Osten ist insbesondere der Untergang des Kraft-durch-Freude-Schiffes "Wilhelm Gustloff", das von einem sowjetischen Torpedo getroffen wurde, in Erinnerung geblieben, wobei 5300 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, den nassen Tod fanden. Dönitz, dessen Steckenpferd die lange Zeit besonders tückische U-Boot-Waffe war, trug die Hauptverantwortung für das

nach dem Einsatz der Radarortung durch die Alliierten seit 1943 militärisch völlig sinnlos gewordene Opfern von fast zwei Dritteln aller U-Boot-Mannschaften. Selbst geringfügige Anzeichen von Widerstand unter den Mannschaften wurden - in Erinnerung an den Kieler Matrosenaufstand von 1917 - mit unverhältnismäßig großer Härte beantwortet. Ein in Kirkenes (Norwegen) als Selbstmordspezialist wirkender Marinerichter und späterer Ministerpräsident eines Bundeslandes und erkorener Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten konnte sogar noch nach der bedingungslosen Kapitulation einen vorher von ihm aufgrund eines Disziplinverstößes wegen "Wehrkraftzersetzung" zum Tode verurteilten Soldaten hinrichten lassen und später feststellen: *"Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein."*)

Ein mit der öffentlichen Auseinandersetzung um die Wehrmacht-Ausstellung verquickter "Nebenschauplatz" war aus aktuellem Jährungsanlaß die Auseinandersetzung um **Guernica** und die für die Vernichtung dieser baskischen Stadt aus der Luft verantwortliche deutsche **Legion Condor**, die in mehreren Leserbriefen als ein *"Fels gegen den Bolschewismus"* gefeiert wurde, während sie in Wahrheit den Aufstand der Falange unter Führung des faschistischen Generals **Francisco Franco** gegen die spanische Republik unterstützte und die Bombardierung der zivilen baskischen Ortschaften für den Nazi-staat eine Probe aufs Exempel für die Wirksamkeit ihrer Sturzkampfbomber darstellte.

Das in den Leserbriefen zum Ausdruck kommende Echo fand auch zahlreiche Befürworter der

Ausstellung, deren Weisheit sich häufig jedoch in Feststellungen erschöpfte wie der, daß Kriege halt schrecklich sind und dabei schreckliche Dinge geschehen. Man kann derartige pazifistische Stellungnahmen jedoch nicht einmal als hilflosen Antifaschismus bezeichnen, denn zwischen den Taten der faschistischen Angreifer und derjenigen, die ihr Land gegen sie verteidigt haben, wird kaum unterschieden.

Einige Nachgeborene bringen angesichts des Gesehenen aber auch ihre Erschütterung zum Ausdruck, ihre Äußerung bleibt allerdings häufig auf der Bekundung von Betroffenheit stehen.

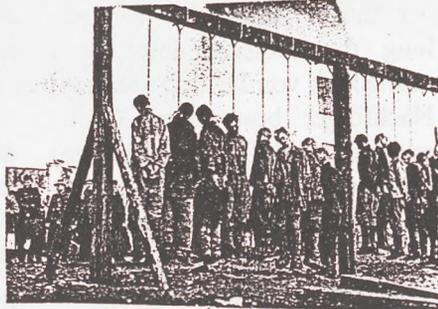
Es gab auch einen feministischen Leserbrief, der darauf hinwies, daß die Wehrmacht eine von Männern beherrschte Organisation war. Jedoch habe ich meine Zweifel daran, daß die Anwesenheit von Frauen den Charakter einer Armee grundlegend ändern würde (siehe US Army oder israelische Armee).

Erfreulicherweise haben eine Reihe von Lesern (wie etwa der Direktor der Wiesbadener Volkshochschule, Hartmut Boger, oder der Leser Nils Güttler) sich die Mühe gemacht, Falschdarstellungen anderer Leser einer gründlichen Kritik zu unterziehen. **Antifaschisten vor Ort müßten versuchen, mit solchen Lesern ins Gespräch zu kommen.**

Insgesamt trafen jedoch nur wenige Leserbriefe ins Schwarze (auch das ein Indiz für den Nachholbedarf bei der Aufarbeitung der Vergangenheit), und den naheliegenden Gedanken eines Vergleichs von Wehrmacht und Bundeswehr habe ich in nicht einem der zahlreichen Leserbriefe gefunden. (Vielleicht liegt das aber auch an der

klammheimlichen Zensur, mit der hierzulande in aller Regel Leserbriefe nichtprominenter Absender von den Leserbriefredaktionen der bürgerlichen Presse stillschweigend, d.h. ohne jegliche Kenntlichmachung etwa durch Auslassungspunkte, "zurechtgestutzt" oder ganz unterschlagen werden.)

Von größerer Bedeutung war eine Stellungnahme von **Ernst Klee**, der auf einer der zahlreichen Diskussionsveranstaltungen zur Wehrmacht im Raum Frankfurt in einem Vortrag darauf hinwies, daß die Wehrmacht **eine der wichtigsten Institutionen für medizinische Versu-**



Unbekannter Ort, UdSSR  
Foto der Propagandakompanien

**che** war und in ihrem Namen Tausende von Menschen als Forschungsobjekte zu Tode gefoltert wurden. So wurden etwa Psychiatriepatienten künstlich malariakrank gemacht, um dann an ihnen entsprechende Medikamente zu erproben. Das beobachtende Verhungernlassen von Kriegsgefangenen mit entsprechender Aufzeichnung der Stadien und ihrer Symptome diente vielfach einer Hungerforschung; in Vernichtungslagern wurden Häftlinge als "menschliche Laborratten" qualvoll getötet und ihr Sterben wissenschaftlich analysiert. Auch Experimente mit dem Tod im Meerwasser oder Höhentodversuche (etwa im KZ Dachau) dienten der Wehrmacht. Neben jüdischen Häftlingen und sowjetischen Kriegsgefangenen waren nicht

wenige der Versuchspersonen Gefangene aus dem Afrikafeldzug, eine Tatsache, durch die auch etwa die Person des (auch von seinen militärischen Gegnern als besonders fair bezeichneten) "Wüstenfuchses" **Erwin Rommel** nachgerade in ein Zwielicht gerät.

### NAZI-UMGANG MIT DER WEHRMACHTSAUSSTELLUNG

In diesem Artikel kommt es darauf an, beispielhaft aufzuzeigen, auf welcher breiten Basis eine geschickt inszenierte Nazi-propaganda sich stützen kann, auch wenn nicht jede der so nutzbaren Leserbrief-Äußerungen bereits eindeutig dem braunen Umfeld zuzuordnen ist.

In München hatte die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht jedenfalls den Anlaß geboten, daß eine der im Bundestag vertretenen Parteien ein unverhohlenen Bündnis mit den deutschen Nazi-Parteien einging und diesen einen mehrere tausend Mann zählenden Demonstrationzug ermöglichte, in dem sie ihr nationalistisches Gift verspritzen konnten (vgl. AntifaZ 64).

Andernorts weigerten sich örtliche CDU-Spitzenfunktionäre, die Ausstellung zu eröffnen (so etwa **Frankfurts Oberbürgermeisterin Claudia Roth**, die inzwischen vom Städtetag zur Vertreterin aller deutschen Städte gekürt worden ist). In Bremen hatte sich die CDU gar anheischig gemacht, die Ausstellung zu verhindern, was ihr nicht gelang. **Derartige Handlungsweisen können durchaus als Erfolge der**

**Nazi-Gegenpropaganda verbucht werden, denn die Ausstellung selbst bietet dafür keinen gerechtfertigten Anlaß.**

Schon im Vorfeld zur Münchener Nazidemonstration vom 1. März hatte etwa das "Nationale Infotelefon Rheinland" gezeigt, daß die Nazis durchaus in der Lage sind, weit verbreitete Vorurteile oder auch nur auf mangelnder Detailkenntnis beruhendes Unbehagen für ihre eigenen Interessen nutzbar zu machen:

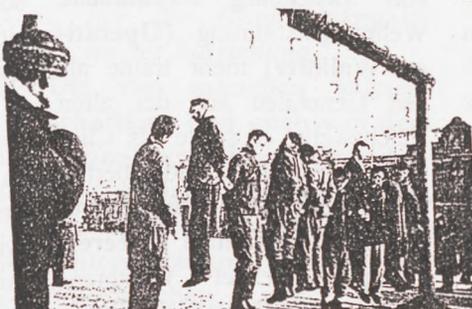
*"Wer glaubt, daß 50 Jahre nach Kriegsende endlich Schluß sein würde mit einseitiger Vergangenheitsbewältigung und Diskriminierung des eigenen Volkes, der wurde im vergangenen Jahr eines besseren belehrt. Selbsternannte Historiker und willfährige Gehilfen fremder Mächte bewerfen weiter ihr eigenes Volk, unser deutsches Volk, mit Dreck. Nun hat man es auf die Soldaten der Wehrmacht abgesehen, und damit sind alle Familien unseres Volkes betroffen. Eine Wanderausstellung (...) soll auch den letzten Bürger überzeugen, daß wir von Grund auf ein Volk von Verbrechern sind. Dieser Wahnsinn hat Methode, denn nur ein Volk ohne Rückgrat, das sich schuldig fühlt, kann man melken wie eine Kuh und dann seine besten Söhne für fremde Interessen mißbrauchen. Der Angriff auf die Ehre unseres Volkes geht immer weiter. Man denke nur an die Veröffentlichung des Goldhagenbuches im vergangenen Jahr. Die Verherrlichung der Deserteure durch bundesdeutsche Politiker, das geplante über-*

*dimensionale Holocaustdenkmal in Berlin und nun diese verlogene einseitige Wehrmachtausstellung. (...) Laßt uns alle diesen Angriff zurückschlagen, zeigen wir diesem System und der gesamten Welt, daß das wahre Deutschland noch lebt und sich schützend vor seine besten Söhne stellt! (...) 'Unsere Großväter waren keine Verbrecher!'"*

Dieses "wahre Deutschland" soll natürlich nicht daran rütteln, daß "die Deutschen" 1996 um rund 300 Milliarden Mark reicher geworden sind und von dem zur Zeit vorhandenen "Vermögen der Deutschen" von etwa 5 Billionen Mark allein 4,37 Billionen gewinnbringend - d.h. als Kapital - angelegt sind, wie kürzlich die **Bundesbank** meldete. Wer hat denn da wohl welche Kuh gemolken?

### PROPAGANDISTISCHES EINSCHIESSEN AUF DIE AUSSTELLUNG IN FRANKFURT

Während die Ausstellung sich in der Frankfurter Paulskirche befand, verteilten dort ein paar brave Schulmädchen Flugblätter einer "Arbeitsgemeinschaft Paulskirche" (Unterzeichner ist ein Götz Kubitschek aus Heidelberg), in denen ein Spendenkonto propagiert wird, das den schönen Titel trägt: "Von den



*Unbekannter Ort in der Ukraine, aus der Brieftasche des Obergefreiten Hölzl*

Unterstützern an die Arbeitsgemeinschaft. Von den Großvätern an die Enkel".

Im Flugblatt-Text wird u.a. behauptet:

*"Die Ausstellung wurde von vielen Historikern und sachkundigen Journalisten als unwissenschaftlich und tendenziös bewertet."*

Auf was für Historiker sich die Flugblattverfasser berufen, wird schon daran deutlich, daß darin der oben skizzierte Vernichtungskrieg als das Werk von in deutsche Uniformen gesteckten Rotarmisten hingestellt wurde. Dies sei wissenschaftlich erwiesen. Man stützte sich dabei auf einen von Vertriebenenverbänden hochgeschätzten "Historiker" namens **Alfred M. de Zaya**. Dessen Version gipfelt in der verlogenen Behauptung, aufgrund eines von Stalin ergangenen "Fackelmännerbefehls" vom 17.11.1941 seien "russische Partisanen in deutschen Uniformen - vornehmlich in solchen der Waffen-SS -" damit befaßt gewesen, "entlang der Hauptkampflinie alle Siedlungen zu zerstören und die Zivilbevölkerung niederzumachen", wobei darauf zu achten sei, daß Überlebende zurückblieben, um über vermeintliche Greuelthaten der Deutschen zu berichten, eine Behauptung, mit der das massenweise Aufhängen von Zivilisten durch die Wehrmacht entweder der sowjetischen Seite in die Schuhe geschoben oder nachträglich beschönigt oder die Sondereinsatzkommandos einfach weggeleugnet werden sollen:

Die hier angeprangerte Methode entsprach zudem genau dem Stil, mit dem Hitler etwa seinen Überfall auf Polen bemantelte. Zuvor waren Häftlinge in polnische Uniformen gesteckt worden, um den an

der Grenze zu Polen gelegenen **Sender Gleiwitz** zu überfallen. Diese wurden dabei samt und sonders umgebracht, um keine lästigen Mitwisser zu haben, und Hitler konnte den Überfall der Wehrmacht auf Polen mit den Worten "Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen" propagandistisch begleiten.

Ohne hiermit Verbrechen, die auch auf Seiten der im Prinzip im Recht befindlichen Roten Armee geschehen sein mögen, herunterspielen zu wollen: Wer weiß, ob nicht einiges an den Greueln an deutscher Bevölkerung in Ostpreußen, die geradezu Wasser auf die Mühlen des Nazi-Regimes leiteten, auch auf solchem Mist gewachsen ist. Das in seinem Ansehen inzwischen arg ramponierte Regime konnte jedenfalls damit erneut eine "Beschützerrolle" für die deutsche Bevölkerung "begründen". Einheiten wie etwa die aus Desperados aller Art zusammengestellte **SS-Division Dirlewanger** waren für solche Handlungen immer zu gebrauchen. Sie hausten damals auf ähnliche Weise in Warschau, wo sie bei der Niederschlagung des polnischen Aufstandes "Dienst taten". (Im Jahr zuvor hatten sich neben der Waffen-SS sowie polnischen und litauischen Kompanien auch Wehrmachtseinheiten bei der Vernichtung des Warschauer Ghettos unter **SS-Brigadegeneral Jürgen (Joseph) Stroop** bei der systematischen Abschachtung von rund 60.000 jüdischen Männern, Frauen und Kindern, die sich fast unbewaffnet zu einem ebenso verzweifelten wie entschlossenen, monatelangen Aufstand gegen ihre Mörder erhoben hatten, ihre Spuren "verdient".)

Von denen, die im Oktober 1944 in Uniformen der Roten

Armee in den ostpreußischen Dörfern **Nemmersdorf** und **Goldap** gegen die dortige Bevölkerung so schrecklich gewütet haben, hat dieses Geschehnis niemand überlebt. Für den "Schutz" dieses Gebietes verantwortlich zeichnete damals der aus Wuppertal stammende **Gauleiter**

**Erich Koch**, der zuvor als Reichskommissar in der Ukraine hinfänglich gezeigt hatte, daß er durchaus fähig war, dergleichen zu "organisieren". Und deutsches Territorium (Ostpreußen) betrat die Rote Armee erst (wieder?) im Januar 1945.

Selbst der **Reichsführer-SS Heinrich Himmler** gab da mal eine Kurzvorstellung als Wehrmachtsgeneral, weil Hitler ihm nach der Verschwörung und dem mißglückten Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler und die gesamte in der Wolfsschanze von Rastenburg versammelte Wehrmachtsführung (**Operation Walküre**) mehr traute als den Generälen aus der alten Reichswehr; er sollte als Chef der Heeresrüstung und Oberbefehlshaber des Ersatzheeres mit der ihm unterstellten "**Heeresgruppe Weichsel**" Westpreußen vor dem Zugriff der Roten Armee "retten". Als die sowjetischen Truppen jedoch wenig



Unbekannter Ort, UdSSR oder Polen

später vor Berlin standen, suchte Himmler ein Sanatorium auf, weil diese Aufgabe, der er nicht gewachsen war, ihn psychisch so arg mitgenommen hatte, daß ein Heerführer wie der **Panzergeneral Heinz Guderian** (Chef des Generalstabes des Heeres und Mitglied des Ehrenhofes des Heeres, in welcher Funktion er zahlreiche an der Operation Walküre beteiligte Offiziere aus der Wehrmacht ausschloß und so dem Zugriff des Volksgerichtshofs unter Blutrichter **Roland Freisler** preisgab) ihn dort in Selbstmitleid und Weinkrämpfen zerfließend antraf. In dem erwähnten, in Frankfurt verteilten Flugblatt wird der wissenschaftliche Charakter der Ausstellung mit dem Argument in Zweifel gezogen, daß der Hauptverantwortliche, **Hannes Heer**, keinen Dokortitel hat

und zudem Kommunist ist. Eine wahrhaft umwerfende Argumentation!

**Ilja Ehrenburg**, der von den Verfassern als blutrünstiger Anpeitscher zum Mord an Deutschen hingestellt und mit entstellten oder schlicht aus den Fingern gesogenen Zitaten für Greuel russischer Soldaten verantwortlich gemacht wird, war damals als Kriegsberichterstatler unterwegs und hatte immenses Material über den von der deutschen Besatzungsmacht betriebenen Genozid an den sowjetischen Juden gesammelt und in einem Schwarzbuch veröffentlicht.

Selbst ein Mann wie der ehemalige Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** wird von den Nazis als Kronzeuge eingesetzt. Er war sich nicht zu nobel, um sich über die insgesamt sehr sorgfältig dokumentierte und durch die Fülle ihres Materials überzeugende und in der Darstellung sehr um Sachlichkeit bemühte Ausstellung abwertend zu äußern:

*"Die Auffassung der verantwortlichen Aussteller über die Verbrechen der Wehrmacht teile ich nicht. Ohne Zweifel hat es auch innerhalb der Wehrmachtverantwortung schwere Verbrechen gegeben. Es ist gut, davor die Augen nicht zu verschließen, so hart es ist. Andererseits wird im Zusammenhang mit der Ausstellung ein Pauschalurteil gefällt, das historisch, moralisch und menschlich nicht aufrechtzuerhalten ist."*

Ich gehe davon aus, daß die Nazis dieses Zitat richtig wiedergegeben haben.

Gestützt auf den bereits erwähnten Historiker (Alfred M. de Zaya) heißt es zum Partisanenkrieg

gegen die faschistischen Eindringlinge:

*"Die grausame Kampfführung der Partisanen gegen Soldaten der Wehrmacht, die auch zur Brutalisierung des Krieges geführt hat, wird durch die Ausstellung nicht beleuchtet. Zahlreich sind die Fälle, in denen Partisanen deutsche Gefangene verstümmelten. So geht aus eidesstattlichen Erklärungen und Kriegsakten hervor, daß Ausstechen von Augen und Abschneiden der Geschlechtsteile keineswegs unübliche Maßnahmen waren. Andere gefangene Wehrmachtsangehörige wurden lebend bis zum Kopf eingegraben, wobei auch ihnen die Augen ausgestochen wurden. (...)"*

Wer hier was gemacht hat, wird nicht näher aufgeschlüsselt, trotzdem erlauben sich die Flugblatt-Autoren an der Ausstellung die Kritik:

*"In der Ausstellung sind zahlreiche Bilder von 'Zivilisten' zu sehen, die erhängt und erschossen werden. Dabei bleibt vollkommen offen, wer diese Zivilisten waren bzw. ob es sich dabei um völkerrechtlich gedeckte Maßnahmen gegen Spione oder Partisanen gehandelt haben könnte. (...) Mangelnde wissenschaftliche Quellenkritik und entstellender Umgang mit Quellen ist einer der Hauptkritikpunkte an der Ausstellung."*

**Die von manchen Wissenschaftlern und auch von dem ehemaligen Bundespräsidenten Weizsäcker getroffene, den Nazis entgegenkommende Unterscheidung zwischen "Verbrechen der Wehrmacht" und "Verbrechen in der Wehrmacht" halte ich**

**angesichts des Ausmaßes dieser Verbrechen und des guten Funktionierens der Wehrmacht im Rahmen des Nazi Staates für einen Streit um des Kaisers Bart, zumal die Verbrechen ja von der Wehrmachtsspitze teils ausdrücklich befohlen teils mehr oder weniger deutlich gedeckt wurden. Brüchig wurde das Verhältnis von Teilen der Wehrmacht zum Nazistaat erst, als abzusehen war, daß der Krieg mit Hitler an der Spitze nicht zu gewinnen war. Diese Feststellung bedeutet natürlich nicht, daß damit jeder Wehrmachtsangehörige automatisch zum Verbrecher wurde, wohl aber, daß verbrecherische Eigeninitiative vieler Wehrmachtsangehöriger von oben entweder geduldet oder sogar gefördert wurde, während Auflehnung dagegen für die Betroffenen gefährlich werden konnte.**

Und diese Eigeninitiative beruhte in der Tat darauf, daß man "Mordlust und Sadismus, Gefühlskälte und sexuelle Perversionen (...) nicht befehlen (konnte)", sie vielmehr von "großen Teilen der Truppe" mitgebracht wurden (Hannes Heer).

(Wird fortgesetzt.)



## EIN FREISPRUCH, DER SCHWER WIEGT Zum Mordbrandprozeß in Lübeck

*Der "Mörder" an 10 Asylsuchenden ist frei. Das Gericht konnte an der Tatsache nicht vorbeisehen, daß es auch nicht die Spur eines Beweises gegen Safwan Eid gab. Selbst die Staatsanwaltschaft, die fast eineinhalb Jahre lang geradezu verbissen seine Verurteilung gefordert hatte, plädierte für Freispruch.*

Handelt es sich hier wirklich um Beweisnot gegen einen mutmaßlichen Massenmörder, dem eine Tat zur Last gelegt wurde, wie es sie seit Bestehen der Bundesrepublik auf deutschem Boden nicht gegeben hat? Oder ging es hier von vornherein um Spurenverwischung?

Jeder, der auch nur einen Funken gesunden Menschenverstandes im Kopf hat, würde letzteres als wahrscheinlicher annehmen.

Man muß davon ausgehen: Auch die Staatsanwaltschaft, die jetzt für Freispruch mangels Beweises plädiert hat, war sich darüber von vornherein im klaren. Warum dann aber dieser faule Zauber?

Warum wurde Safwan Eid monatelang in Untersuchungshaft gesteckt - wofür ihm jetzt aus dem Steuersäckel, nicht etwa aus den Gehältern der Ankläger, Entschädigung zugestanden wird -, während diejenigen, die aufgrund eben dieses gesunden Menschenverstandes weitaus eher als Täter in Betracht kommen, sehr rasch wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren? Hätten die Nazis aus Grevesmühlen nicht, zumindest nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung, ebenso verfolgt

werden müssen? Wir wollen sie nicht schon als erwiesene Täter betrachten, aber der Verdacht liegt doch verdammt nahe, jedenfalls weitaus näher als bei Safwan Eid.

Es geht hier nicht um Schlampigkeit bei den Ermittlungen oder um mangelnde Erfahrung der deutschen Justiz. Wir wollen der Justiz auch nicht ein-

Machenschaften nicht zu begreifen. Im Vordergrund stand ein politischer Gesichtspunkt, dem sich die Justiz zu unterwerfen hatte: Hier ging es um Höheres als das Recht. Diesem Höheren durfte offenbar der Rechtsstaat, den man ansonsten so gern beschwört, geopfert werden, von Demokratie gar nicht erst zu reden.

Gehen wir einmal der Frage nach, was gewesen wäre, wenn die Nazispur weiterverfolgt worden wäre. Es geht uns im vorliegenden Fall nicht darum, Nazis zu verurteilen, bloß weil sie Nazis sind. Wenn sie die Tat nicht begangen haben, müssen sie freigesprochen werden. Das verlangt das Recht. Aber es verlangt auch, daß,

wenn ein hinreichender Tatverdacht besteht - und er bestand allemal -, gegen sie ermittelt wird.

Darum aber ist die Weltöffentlichkeit und das deutsche Volk betrogen worden.

Die Tat geschah zu einer Zeit, als nach Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen das Ansehen Deutschlands in der Weltöffentlichkeit in Frage gestellt war. Wenn das Lübecker Verbrechen als weiteres Glied in dieser Kette gestanden hätte, hätte die



Mit Prozeßausgang unzufrieden: Frau El Omari und Tochter

fach vorwerfen, daß sie den oder die wirkliche(n) Täter(in/nen) hat decken wollen. Dafür haben wir keine Beweise. Fest stellen kann man aber, daß eine Aufklärung der Tat, wenn dabei deutsche Nazis dingfest gemacht worden wären, nicht im Interesse des deutschen Staates lag.

Um zu erfassen, was das heißt, muß man sich die Situation, in der die Tat stattfand, vor Augen halten: Es ging hier nicht um die Justiz allein, denn dann wären diese ganzen

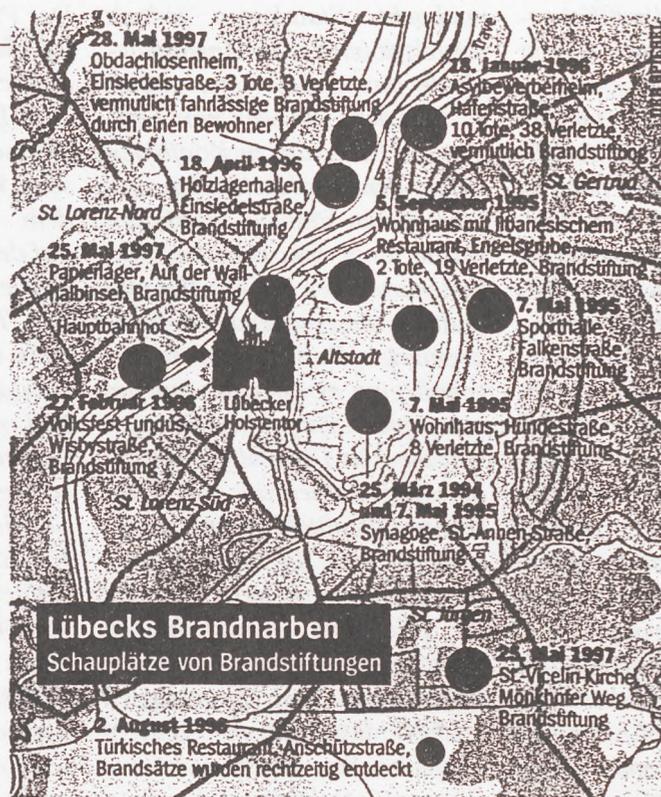
BRD Jahre gebraucht, um das wieder wettzumachen. Das paßte nicht in einen Rahmen, in dem Deutschland seine Truppen zur Wahrung des Friedens in Bosnien und anderswo zur Verfügung stellen und damit seine Weltgeltung als Großmacht, die im Reigen der anderen Großmächte Verantwortung übernahm, zum Ausdruck bringen wollte.

Vorhergehende Ereignisse bis hin zu Solingen, die in diesen Rahmen ebenfalls nicht paßten, wurden durch entsprechende Sonntagsreden des Bundespräsidenten und durch organisierte Lichterketten, die eher ein romantisch verträumtes Deutschland ins Blickfeld rückten, in ihrer politischen Wirkung besänftigt. Die Weltöffentlichkeit und auch das deutsche Volk konnten damit noch einmal eingeschlafert werden.

Die Tat von Lübeck hätte eine Musik von anderer Qualität erfordert, für die diejenigen, die die Trauerfeierlichkeiten in der Bundesrepublik öffentlich dirigierten, in ihrem Gepäck keine Takstöcke parat hielten.

- Die Weltöffentlichkeit hätte von der Bundesrepublik Klartext verlangt, was sie mit ihren Nazis eigentlich vorhat.

- Migranten hätten noch viel stärker, als dies nach Solingen der Fall war, zu Selbstschutzmaßnahmen mobilisiert. Das Vertrauen in die Wirkung von Sonntagsreden und Lichterketten war gerade unter ihnen nie besonders groß.



(Quelle: Spiegel)

- Gewerkschaften und andere Massenorganisationen wären zu eindeutigen Positionen herausgefordert gewesen.

- Die Kirchen, die von der Kette der jüngsten Anschläge in Lübeck selbst besonders betroffen sind, hätten ebenfalls Konsequenzen ziehen müssen. Ihre Vertreter hätten beispielsweise deutlicher christliche Grundsätze gegen die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung setzen und denen, die sich zu ihnen bekennen, entsprechend ins Gewissen reden müssen.

- Politiker, die so gern im Trüben fischen, sich nach außen gern demokratisch geben, während sie zugleich ihre braunen Nester hätscheln (wie etwa die CSU oder Leute vom Schlage Kanthers), wären zu deutlichen Stellungnahmen gezwungen

gewesen, um nicht ihren letzten Kredit in der Wählerschaft zu verspielen. So dagegen konnten selbst die SPD-Spitzen ihren Genossen Bou-teiller im Regen stehen lassen, der wegen seines mutigen Eintretens für das Menschenrecht der Asyl-suchenden sogar eine Brief-bombe ins Haus geschickt bekam.

Täuschungsma-növer der Bundesregierung, daß es darum

gehe, linke wie rechte Terror-risten unschädlich zu machen, hätten ihre Wirkung in der Öffentlichkeit weiter ein-gebüßt. Die Doktrin, wo-nach man Recht und Ord-nung gegen Totalitarismus von rechts und links in glei-cher Weise zu verteidigen habe, aus der dieser Staat seine Legitimation bezieht, hätte ein Stück mehr zu Gra-be getragen werden müssen.

All das galt es zu verhindern. Das aber ging nur, indem die Weltöffentlichkeit und das deut-sche Volk auf eine andere Spur gebracht wurden. Dieser Zweck heiligte die Mittel. Auch das Mittel, den gesunden Men-schenverstand auszuschalten.

Die Logik ist eine Angelegen-heit gerade auch der Justiz. Sie muß Zusammenhänge, Kausal-ketten, herstellen, um eine Tat aufzuklären und zu einem Urteil gelangen zu können. Bei der Ausbildung von Richtern und

Staatsanwälten wird auf Kausalität großer Wert gelegt. Aber in diesem Verfahren?

Es wurde alles getan, um die Kausalität aus diesem Verfahren fernzuhalten. Jeder noch so Unbedarfte hätte nach der Vorgeschichte von Hoyerswerda bis Solingen ohne weiteres erfaßt, daß in der Nähe des Tatortes, dazu noch spät in der Nacht aufgegriffene Nazis, die aus ihrem Wunsch, Asylsuchende aus diesem Land zu vertreiben, keinen Hehl machen und vor keiner Maßnahme zurückschrecken, um das zu bewirken, viel eher als Täter in Betracht kamen als ein Asylsuchender, der hier um Schutz nachgesucht hat, wo doch durch diese Tat seine Schicksalsgenossen, ja seine eigene Familie in höchste Gefahr für Leib und Leben gebracht wurden.

Das gesamte Verfahren konzentrierte sich auf einen einzigen Punkt: die Aussage eines Rettungssanitäters, der zudem für seine "sachdienlichen Hinweise zur Ergreifung des Täters" eine dicke Belohnung erhoffte und bei allen sonstigen Varianten seiner Aussage auf einem Satz, den er von dem Angeklagten gehört haben wollte, fest beharrte: "Wir waren es."

Nehmen wir einmal an, er habe diesen Satz tatsächlich gehört. Mögliche sprachliche Unzulänglichkeiten, die Safwan Eid hätte haben können, blieben in der Betrachtung der Staatsanwaltschaft unbeachtet. Aber: Wer waren dann die anderen? Er soll doch "wir" gesagt haben. Nach möglichen Komplizen hat die Staatsanwaltschaft aber offensichtlich gar nicht erst gesucht. Wäre er ein Einzeltäter gewesen, warum hat er nicht gesagt: "Ich war es."

Fragen über Fragen, denen normalerweise ein Staatsanwalt

nachgeht. Stattdessen jedoch begnügte sich die Anklagebehörde damit, die Opfer weiter zu belasten: Da war von Drogen die Rede, die zu Konflikten unter den Asylsuchenden geführt haben könnten, überhaupt wurde lange von solchen Konflikten zwischen Safwan Eid und anderen Asylsuchenden schwadroniert. Der Staatsanwaltschaft ging es offenbar nur um eins: jede Sympathie für den von ihr zum Täter abgestempelten Angeklagten in der deutschen Öffentlichkeit zu untergraben. Was ihr auch weitgehend gelang. Beweise hat sie für alle ihre Unterstellungen nicht vorgelegt. Andernfalls müßte man den Angeklagten jetzt ja deswegen vor Gericht bringen. So dagegen könnte dieser Entschädigung wegen Rufmords geltend machen.

Die Beweislage hat sich im Laufe der Zeit praktisch nicht geändert. Also hätte man, rein prozeßtechnisch gesehen, Safwan Eid erst gar nicht vor Gericht bringen müssen.

Wäre da nicht jenes Höhere gewesen, um das es eigentlich gegangen war. Und das ist inzwischen geschafft. Nach einhalb Jahren braucht man sich vor der Gefahr einer Mobilisierung von Weltöffentlichkeit und deutschem Volk nicht mehr zu fürchten. Man kann es riskieren, den längst überfälligen Freispruch zu verkünden. Nach diesem Freispruch steht man allerdings mit leeren Händen da.

Der Prozeß und dieser Ausgang ist zweifellos ein Schandfleck auf der Weste der deutschen Justiz. Darüber dürften sich die Herrschaften selbst im klaren sein. Wenn sich dieser Staat bei dem schlimmsten Verbrechen auf deutschem Boden seit seiner Existenz außerstande sieht, einen Täter zu finden, so muß man ihm die Tat selbst anlasten. Solange kein Täter verurteilt wird, hat der Staat zehn Leichen und zahlreiche z.T. schwer Verletzte auf seinem Schuldkonto.

Es würde uns daher nicht sonderlich verwundern, wenn über kurz oder lang einer von den Nazis vor Gericht gestellt werden sollte. Angesichts der bisherigen Spurenverwischung wird man dann aber genau aufpassen müssen, ob da alles mit rechten Dingen zugehen wird. Mit der Präsentation eines Lückenbüßers, den man nur aufgrund seiner Gesinnung verurteilt, um zu "beweisen", daß man auf dem rechten Auge nicht blind ist, wären wir nicht einverstanden. Klaus/Metin

**HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH**  
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum  
 Tel. 0234/ 450590  
 FAX: 0234/452268

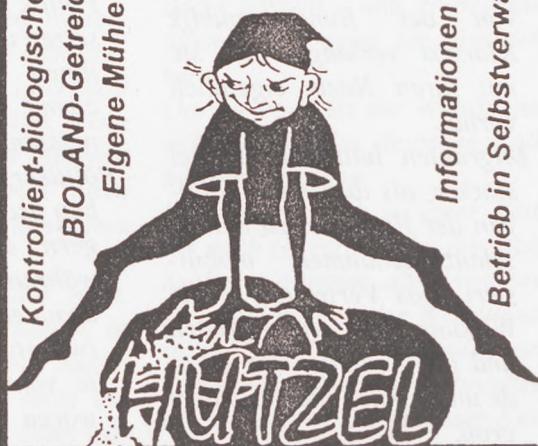
Kontrolliert-biologischer Anbau

BIOLAND-Getreide

Eigene Mühle

Informationen

Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

## "Mädchen in Hörde - damals und heute"

**An der Marie-Reinders-Realschule (MRR) in Dortmund fand im Januar eine Projektwoche unter der Bezeichnung "Leben in Hörde" statt. Etwa 10 % der Mädchen von der 7. bis zur 10. Klasse, nämlich 13, wählten das Projekt "Mädchen in Hörde unter dem Hakenkreuz".**

AntifaZ: Warum habt Ihr dieses Projekt gewählt?

Ag: So was wie damals könnte leicht wiederkommen. Alle Parteien versprechen heute z.B., etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu machen, das taten Hitler und seine Partei damals auch.

AntifaZ: War es schwierig, an Material zu Eurem Thema zu kommen?

Ad: Ja. Das liegt wohl daran, daß Mädchen meist im Haus sein sollten, oder daran, daß Frauen eigentlich nur als halbe Menschen galten, wie es Herr Müller von der Geschichtswerkstatt gesagt hat: eben nur fürs Kinderkriegen und für den Haushalt zuständig. Unter anderem darum wurde wohl so wenig über sie geschrieben. Sogar bei unserer Befragungsaktion in der Hörder Fußgängerzone fiel uns auf, daß von den älteren Leuten fast nur die Männer was sagen wollten...

AntifaZ: Dieses einseitige Frauenbild, das auch in der Kaiserzeit üblich war, war ja in der Weimarer Republik nicht mehr so selbstverständlich. Wie hatte Hitler es geschafft, das wieder durchzusetzen?

Ag: Die Kinder wurden im Nazistaat schon in der Schule systematisch manipuliert und aufgehetzt; sogar im Mathematikbuch wurde nicht unterteilt nach "Bruchrechnen", "Geometrie" usw., sondern die Kapitel hießen "Angriff" oder ähnlich.

AntifaZ: Was versteht Ihr unter "aufhetzen"?

Ad: Es wurde vorgerechnet, wie teuer z.B. die Unterbringung und Versorgung eines Behinderten ist und wie viele Ehestandsdarlehen der Staat davon an "junge, gesunde" deutsche Paare geben und diese damit finanzieren könnte. Die Darlehen konnten dann "abgekündert" werden.

AntifaZ: Was heißt das?

Ad: Wenn die Eheleute möglichst viele Kinder kriegten, brauchten sie weniger zurückzuzahlen. Die Behinderten galten dagegen als "Parasiten"?

AntifaZ: (Aus aktuellem Anlaß:) Heute nennen manche Parteipolitiker ja die Bergleute "Parasiten". Das Wort wurde von den Nazis auch für die Juden gebraucht. Am Anfang der BRD dagegen wurden die Bergleute vom Staat geradezu hofiert, weil sie für den Aufbau der Wirtschaft wichtig waren. Es gibt also auch heute noch Hetze gegen bestimmte Personengruppen. Habt Ihr darüber gesprochen?

Ag: Viele Deutsche denken: "wir sind besser als die

Ausländer, warum sollen wir die Drecksarbeit machen?" Deutsche Jungen z.B. würden die Toiletten an der Schule niemals saubermachen - ich womöglich auch nicht. Aber für Türkinnen ist das anscheinend zumutbar.

AntifaZ: Habt Ihr denn mal die Putzfrauen nach ihrer Meinung gefragt?

Alle: Nein.

AntifaZ: Wie kommt Euch das vor, daß hier in der BRD einige sagen: "Diese Arbeit ist für mich zu dreckig, die sollen andere machen." Aber gleichzeitig sagen sie: "Die sollen weg von hier!"

Ag: Die denken nicht nach, wollen nur stänkern.

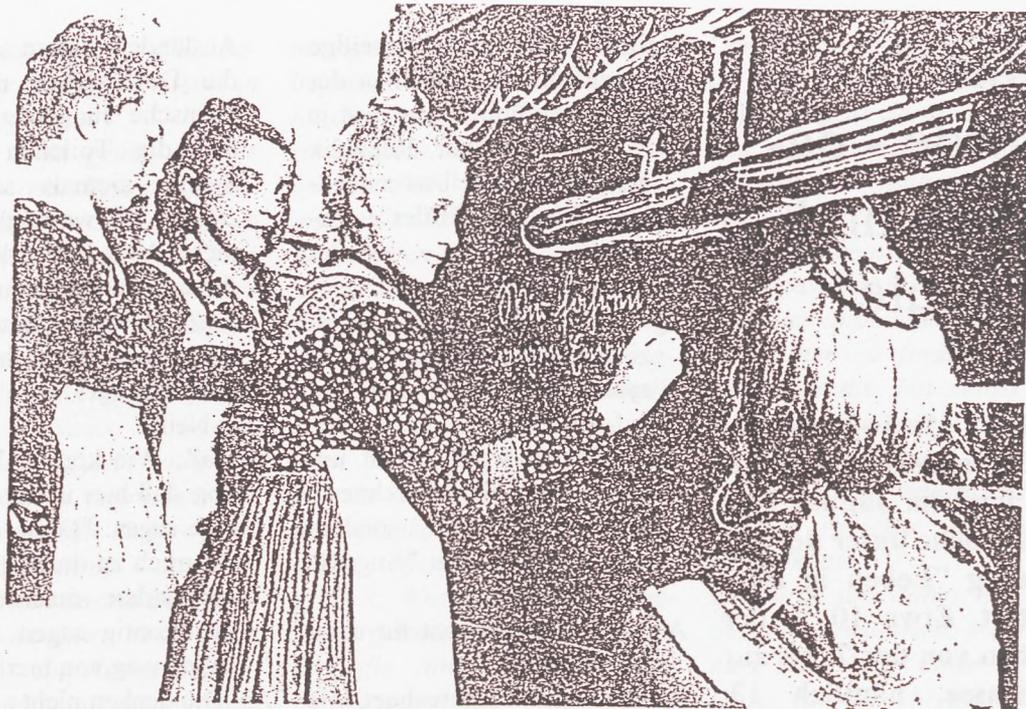
AntifaZ: Meint Ihr, daß das Herrenmenschendenken der Nazis schon vorbei ist, oder gibt es das immer noch?

D: Das ist wie bei den Hooligans. Die sind gar nicht am Fußball interessiert, nur am Randalieren. Unsere Generation ist empfänglicher für die Nazis als die Älteren.

AntifaZ: Interessanter Gesichtspunkt. Warum seid Ihr eigentlich dagegen?

Ag: Wir haben im Unterricht und in der Projektwoche gelernt, wie gefährlich und schädlich der Faschismus für die meisten Menschen ist. Ich selbst z.B. sitze als halbe Engländerin zwischen zwei Stühlen. Es ist doch bekloppt, daß Menschen gequält werden, nur weil sie einem anderen Land oder einer anderen Religion angehören. Dabei hören doch alle z.B. gern ausländische Musik.

AntifaZ: Eure drei Vornamen sind ja auch nicht deutsch. Außerdem kann heute kaum einer von sich sagen, er sei "rein deutsch". Also muß



"Wir fahren gegen England"

- noch etwas anderes dahinterstecken.
- Ad: Vielleicht daß man sich stark fühlt, wenn man andere ausschließt.
- AntifaZ: Interessant ist ja auch, daß die Führer der Nazigruppen meist eine relativ abgesicherte Stellung haben; sie kommen mit ihren Handys auf die Demos...
- D: Manche Leute, die zu Hause unterdrückt werden, wollen dadurch Freiheit genießen, daß sie anderen die Freiheit wegnehmen.
- AntifaZ: Was heißt "Freiheit". Im alten Rom durften die damaligen "Herrenmenschen", die Sklavenhalter, ihre Sklaven totschiagen. Das war deren Freiheit. Da sie die Sklaven aber als Arbeitskräfte brauchten ...
- L: Schließlich wollten sie ja nicht selber die harte Arbeit machen ...
- AntifaZ: ... "schenkten" sie den Sklaven meist das Leben. Meint Ihr, daß die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland heute noch oder wieder sehr groß ist?
- Ag: Viele Deutsche sind im Unterbewußtsein immer noch rechts, obwohl sie es eigentlich nicht sein wollen. Bei der Besichtigung eines Stausees im Sauerland, der von Großbritannien im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde, wurde ich von Mitschülern dumm angemacht - so als wäre es meine Schuld, daß damals so viele Deutsche ertrunken sind. Nur weil ich halbe Engländerin bin.
- D: Weil viele Deutsche früher rassistisch waren, wird heute vielleicht das Problem der Ausländerfeindlichkeit in Deutschland besonders stark beobachtet.
- AntifaZ: In Frankreich und der Türkei ist das Problem der Ausländerfeindlichkeit womöglich noch schlimmer. Aber alle gucken nach Deutschland. Wegen seiner Geschichte und weil man vor dem vereinigten Deutschland wieder Angst bekommen kann. Wer hat Eurer Meinung nach eigentlich den Krieg verloren: Hitler? Oder wir?
- D: Hitler hat Deutschland zerstückelt. Im Endeffekt hat er nur an sich selbst gedacht. Das sieht man auch daran, daß er sich zum Schluß umgebracht hat.
- L: Du meinst: Die Folgen des Krieges und des ganzen Wahnsinns mußten dann die anderen Menschen tragen?
- Ad: Hitler hat ja im "Schulbuch für Jungen"(!) 1939 geschrieben: "Wir wollen ein hartes Geschlecht heranziehen, das stark ist, zuverlässig, treu, gehorsam und anständig, so daß wir uns unseres Volkes vor der Geschichte nicht zu schämen brauchen." Eigentlich hätte Hitler am meisten Grund gehabt, sich zu schämen.
- AntifaZ: Viel schlimmer als sein Selbstmord war doch, daß er vorher das ganze Volk reingerissen hat. Wäre es nicht besser gewesen, wenn er sich schon früher umgebracht hätte? Bei Eurer

Befragungsaktion hat ja, wie ich in Eurer Zeitung lese, eine Frau gesagt, sie fände es gut, wenn der Faschismus wiederkäme, dann wäre es wieder sicher auf der Straße. Was meint Ihr dazu?

D: Da ist was Richtiges dran. Eigentlich dürfte man als Mädchen heute abends gar nicht mehr allein auf die Straße gehen. So viele Kindsmißbraucher und Mörder laufen frei herum. Aber unter Hitler ging die Gewalt vor allem vom Staat und von der NSDAP aus - sie war sozusagen legal, in Form von Krieg gegen andere Völker, Enteignung von jüdischen Geschäften, Vergasung von Millionen von Menschen usw. Diese Gewalt ging natürlich nicht in die Kriminalstatistik der Nazis mit ein. Sie betraf zunächst ja auch nicht jeden oder jede Frau.

L: Man sollte auch nicht vergessen, daß sich am Aufhetzen von Menschen in Kriegen oder indirekt durch Waffenproduktion kräftig verdienen läßt.

AntifaZ: Aber es scheint leichter zu sein, wenn "wir" von der Waffenproduktion leben und andere sich mit diesen Waffen dann gegenseitig den Schädel einschlagen. Gibt es Dinge bei uns, die Ihr heute besonders schlimm findet?

Ad: Heute kann man ja umkippen, ohne die Ursachen zu wissen. Dafür ist gar nicht mehr ein Krieg nötig. Beispielsweise BSE. Das gibt es ja nicht nur in Großbritannien.

Ag: Egal, was wir essen, überall ist was Schädliches drin. Ein Nachbar von mir ißt kein Rindfleisch mehr, raucht aber weiter. Schlimm finde ich auch, daß man heute

künstlich Menschenleben durch zig Apparate und Medizin zu verlängern versucht, auch wenn es doch dem Tod geweiht ist.

*(Sie hat in der engeren Verwandtschaft einen solchen Fall hautnah miterlebt, und das ist ihr sehr nahe gegangen.)*

AntifaZ: Zu den Themen Krieg, Krankheit, Tod gibt es die verschiedensten Meinungen von links nach rechts. Warum bekommt man heute z.B. bei Kindesmißbrauch eine so geringe Strafe und darf so schnell wieder aus dem Gefängnis? Wie steht Ihr zu der Forderung mancher Leute nach der Todesstrafe?

D: Entweder müßten die Kindesmißbraucher "lebenslanglich" kriegen oder die Todesstrafe, wenn sie sich unverbesserlich zeigen.

Ad: Kopf ab, das ist doch viel zu schnell für die. Lange quälen wäre besser.

AntifaZ: Da kommt ja einiges zutage, was mir zeigt, daß sich für den Faschismus etliche Motive und Ängste in der Bevölkerung mobilisieren lassen... Könnt Ihr zum Verlauf der Projektwoche noch etwas sagen?

Ag: Es waren sehr unterschiedliche Typen in der Gruppe. In der Geschichtswerkstatt z.B. haben einige nur Blödsinn gemacht. Trotzdem hatten sie viel Einfluß. Das fanden wir falsch. Eine meinte z.B.: "Ich will mich nie unterordnen. Wenn in der Nazizeit nicht alle dem Hitler hinterhergerannt wären und stattdessen jeder gemacht hätte, was er will, hätten sich Hitler und der Faschismus nicht lange gehalten."

AntifaZ: Bei den Nazis waren doch auch Antiautoritäre, die

sich auflehnen wollten: gegen ihre Elternhäuser, ihre Lehrer usw., die sich große Fahrtenmesser und Pistolen anschafften. Die wurden sehr schnell "erledigt". Ich glaube nicht, daß man nur für sich selbst, ohne auf andere Rücksicht zu nehmen, überhaupt antifaschistisch handeln kann. Zurück zu Eurer Projektwoche. Mußte jeder in einer Gruppe mitmachen?

Ag: Ja. Manche dieser "Null-Bock-Tanten" waren in unserer Gruppe vor allem deshalb, weil sie nicht von einem Lehrer oder einer Lehrerin der MRR geleitet wurde. Dann haben sie ja auch zeitweise gut mitgemacht und dabei leider viel zu viel bestimmt, viele ihrer vorge schlagenen Bilder reingebracht, wodurch dann anderes rausgeschmissen wurde. Eine Schülerin wollte sogar die von uns entworfene und gemachte Wandzeitung ändern - zum Glück ist sie damit aber nicht durchgekommen. Danach sind sie dann aber abgehauen, so daß wir alles allein aufräumen mußten.

AntifaZ: War Frau L vielleicht zu lasch?

D: Erst nicht, dann war sie wohl froh, daß die andern wieder mitmachten, nachdem sie sich zwischendurch sichtbar verweigert hatten.

AntifaZ: Das scheint ja ein schwieriger Punkt in der Woche gewesen zu sein. Wie siehst Du (Frau L) als Leiterin des Projekts das?

L: Zunächst war ich glücklich über die kleine Gruppe von 13 Mädchen, die alle ziemlich interessiert wirkten. Da ich aber außer einem Mädchen niemanden kannte, hatte ich Namensprobleme, die

von einigen voll ausgenutzt oder sogar noch "gemacht" worden, indem einige Mädchen mir dauernd falsche Namen nannten. Das durchschaute ich nicht gleich und wunderte mich immer, wieso Mädchen, die zeitweise sehr interessiert wirkten, dann wieder so daneben waren. Die wollten sich wohl hinter Anonymität verstecken.

AntifaZ: Hat Dich das sehr irritiert?

L: Ja. Ich ärgerte mich über die zeitweilige Unruhe und überlegte, wie ich darauf reagieren sollte. Meine Überlegung, wie in der "Welle" auf ganz autoritär-faschistisch zu machen, verwarf ich wieder, weil ich das sowieso wahrscheinlich typmäßig nicht durchgehalten hätte. Andererseits wollte ich nicht ein bereits gemachtes Experiment nachhaken. Ich hoffte, demokratisch vorgehen zu können, nicht immer die "doofe, autoritäre Lehrerin" raushängen zu müssen.

AntifaZ: Wie hast Du versucht, das umzusetzen?

L: Als ich dann bewußt einige Minuten alles laufen ließ: "Macht, was Ihr wollt, Ihr habt zehn Minuten Zeit dafür", entstand wie auf Kommando ein Schweinestall mit rumgeworfenem Abfall, Füßen auf dem Tisch usw. Die Einschätzungen darüber hinterher, ob das nun "schön" und ihnen angemessen sei, gingen sehr auseinander. Manche hatten sich einfach nur gehen lassen, aber andererseits schien mir, daß einige Schülerinnen meine Absicht dabei sofort verstanden hatten. Daß hier nämlich ein Zusammenhang zu unserem Thema war: Chaos kann als Vorwand für besonders

autoritäres Eingreifen bzw. Faschismus dienen mit dem Argument: "Wenn ihr so primitiv seid und euch nicht selber 'beherrschen' könnt, dann müßt ihr halt fremd gelenkt werden, dann ruft ihr also selber nach einem Diktator."

AntifaZ: Wie zeigte sich das im weiteren Verlauf?

L: In der Geschichtswerkstatt strapazierten einige Schülerinnen Herrn Müllers Nerven und die anderer auch. Er erzählte von der Peinigung seiner Frau als kleines Mädchen durch den Schulrektor der Nazizeit, während einige Mädchen auf der Couch mehr oder weniger versteckt rumalberten. Das war völlig unpassend, weil diese Erlebnisse so schrecklich waren, daß Frau Müller aus Angst vor Alpträumen darüber selber nicht sprechen wollte. Die "Null-Bock-Tanten" hatten mein Verhalten, das auch noch am Anfang des Besuchs aus striktem Nichteingreifen bestand, indem ich mich als Statue auf einen Stuhl stellte, als Schwäche und Freifahrtschein für nicht-interessiertes Rumbalgen gedeutet, oder aber es war ihnen einfach egal.

AntifaZ: Kommt daher auch die Kritik der anderen Schülerinnen, Du seiest oft zu lasch gewesen?

L: Das ist gut möglich. Vielleicht liegt das aber auch daran, daß ich im allgemeinen bisher eine Schwäche hatte für die etwas "frecheren", nicht so angepaßten Mädchen. Ich sollte da wohl in Zukunft mehr sortieren und unterscheiden, wo das Nicht-Angepaßte zum "Aufsässigen" (nur um der Aufsässigkeit willen) oder

Antisozialen wird. Das Faß lief dann bei mir erst am Präsentationstag über, als eines der betreffenden Mädchen auch nach mehrmaligem Nachfragen sich weigerte, teilzunehmen, da sie unbedingt genau an diesem Nachmittag und Abend ein neues Tier (!) kennenlernen müsse.

AntifaZ: Hatten diese Schülerinnen keine Probleme von der Schulleitung zu befürchten?

Ad: So was muß vom Kursleiter oder vom Kurs geregelt werden. Diese Schülerinnen hatten einfach zu viel Freiheit und damit Macht. z.B. beim Hakenkreuz: bei der Frage, ob wir es in der Projektzeitung vollständig abbilden, weil es ja um **damals** ging oder es etwas durchbrochen zeichneten, weil das vollständige Zeigen heute eigentlich zu Recht verboten ist, setzten sich diese Schülerinnen letztlich durch.

L: Das stimmt - ich schwankte wie ein Lämmerschwanz hin und her, weil ich beide Argumentationen richtig fand. Ich fühlte mich zeitweilig auch überfordert von dem Zeitdruck, denn ich konnte mich deshalb nicht mehr sachkundig machen, z.B. bei einem Geschichtslehrer. Mein Problem dabei ist aber auch: Wo wird Demokratie geradezu schädlich, im Sinne von überzogenem Demokratismus, und wo ist sie nötig? Auch daß ich mich von der ganzen Gruppe bei der Frage, ob wir eine Zeitung über das Projekt machen, trotz abzusehendem Zeitdruck überstimmen ließ, gehört mit zu diesem Problem.

Ag: In der Projektgruppe zog sich dauernd ein Widerspruch durch zwischen

"feinen Damen" und denen, die vor allem an der Sache arbeiten wollten und die sich von den anderen immer wieder mißbraucht fühlten, indem ihre Arbeitskraft gern genutzt wurde (auch von Frau L!). Entschieden haben aber oft andere. Frau L hat sich verhalten, als hätte sie vor einigen Teilnehmerinnen Angst.

L: Das war **auch** Unsicherheit, weil ich manchmal nicht wußte, mit wem ich es zu tun hatte. Ich hatte Eure Probleme, die wohl auch etwas mit Jahrgangsstufen und Cliques zu tun haben, zunächst gar nicht richtig "geschnallt". Wahrscheinlich unterschätze ich so was, weil ich meinte, es geht doch allen hauptsächlich "um die Sache". Aber insgesamt, auch angesichts des Ergebnisses in Form unserer Zeitung und Wandzeitung bereue ich nichts, auch nicht diesen Streß. Ich bin sogar ein wenig stolz auf uns alle. Nur, wir selber können uns ja daran hindern, aus den vielen "guten" und "schlechten" Erfahrungen zu lernen, z.B. daß es ungeheuer wichtig ist, daß sich alle auch mit

Namen persönlich kennen und zumindest akzeptieren als gleichberechtigtes Mitglied, aber auch mit Pflichten.

AntifaZ: Wie kam Euer Projekt bei den anderen am Präsentationstag an?

D: Da gab es viel Zustimmung. Zwei von uns liefen als Zeitungsverkäuferinnen im Dirndl, eine mit einer BDM-"Uniform" durchs Schulhaus. Wir hatten uns Zöpfe gemacht, sozusagen als äußeres Symbol fürs Brav-Sein damals, der größte Teil der Zeitungen war schnell weg, so daß wir sogar überlegen, eine zweite, auch technisch verbesserte Auflage herauszubringen.

AntifaZ: Ich habe gehört, die Projektgesamtleitung hat Euch aus Raumnot mit einer anderen Projektgruppe in einen Raum sozusagen abgeschoben?

Ad: Ausgerechnet mit dem Projekt "Polizei in Hörde"! Wir durften unsere große Wandzeitung nicht aufhängen, weil die Wände für die Info- und Werbetafeln der Polizei gebraucht wurden. Wir haben sie aber hinterher doch

noch aufgehängt, mit Erlaubnis der Schulleitung. Es gab schon viele Kommentare von Mitschülerinnen und Mitschülern auf dem daneben gehängten Zettel. Die allermeisten waren gegen die Nazis.

AntifaZ: Wollt Ihr an der Sache dranbleiben?

Alle: JA!

AntifaZ: Danke für dieses Gespräch.

(Abkürzungen: Angela: Ag, Andrea: Ad, Denise: D, Frau Lebendige: L)  
(Wer an der Zeitung "Mädchen in Hörde" interessiert ist, kann sie über die AntifaZ-Redaktion beziehen. 1 Exemplar: 3 DM plus Porto.)

Anzeigen

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK  
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND  
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •  
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •  
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Theater Kunst



Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Samstags 10<sup>00</sup>-14<sup>00</sup> & langer Samstag

## MILLI GÖRÜS BEI BORUSSIA DORTMUND

Am 14. Juni veranstaltete die der türkischen Wohlfahrtspartei (Refah Partisi; RP) nahestehende, vom Bundesamt für Verfassungsschutz als "extremistisch-islamisch" eingestufte **Islamische Gemeinschaft Milli Görüs** (= IGMG) im Dortmunder Westfalenstadion ihre 3. Jahreshauptversammlung. Unter der Bezeichnung "Kultur- und Friedensfest" versammelten sich rund 30.000 Menschen; Männer und Frauen mußten getrennt sitzen. Als prominente Gäste erschienen RP-Politiker, die zur inzwischen zurückgetretenen Regierung Refah-Yol (Erbakan/Ciller) gehören, darunter Arbeitsminister Necati Celik, Justizminister Sevket Kazan, der Staatsminister für im Ausland lebende Türken Cemil Tunc, Kultusminister Ismail Kahraman, die Oberbürgermeister von Istanbul (**Recep Tayyip Erdogan**) und Ankara (**Melih Gökçek**); außerdem kamen der Vorsitzende der **Yeniden Dogus Partisi** (= Partei der Wiedergeburt) **Hasan Celal Güzel**, der türkische Botschafter in Bonn **Volkan Vural**.

Der Ballverein **Borussia 09 Dortmund** (= BVB) pflegt seit Jahren das Image eines Vereins, der sich um Abbau von Fremdenhaß bemüht. Daß er einem Verein wie der IGMG die Möglichkeit gab, in seinem Stadion eine Großveranstaltung durchzuführen, sollte dieses Bild zwar fördern, stört es aber erheblich.

Die IGMG ist die Nachfolgeorganisation der AMGT (Avrupa Milli Görüs Teskilatları = Organisationen für nationale Anschauung in Europa), die sich selbst den verschleiernenden deutschen Untertitel "Vereinigung der neuen Welt-sicht in Europa e.V." gegeben hatte. Diese wiederum ist aus dem 1976 gegründeten Verband Türkische Union Europas hervorgegangen, der sich (nach dem Militärputsch vom 12.9. 1980 in der Türkei) in Islamische Union Europas umbenannte; seit Gründung 1982 durch den Iraker **Zain al-Abidin** (ursprünglich Mitglied des Süleymanli-Ordens) trägt er die Bezeichnung Milli Görüs (= Nationale Anschauung) und hat seinen Sitz in Köln. Milli Görüs organisiert sich überall in Europa, besonders aber in Deutschland, in Moscheevereinen (vgl. AntifaZ 50 und 51).

Die Organisation pflegt enge Kontakte zu den faschistischen Grauen Wölfen der MHP (Milletçi Hareket Partisi = Partei der nationalistischen Bewegung); die heute durch RP und MHP repräsentierten Klerikalfaschisten und Faschisten arbeiten seit Jahrzehnten eng zusammen; eine der RP nahestehende Terrororganisation ist die türkisch-kurdische **Hizbullah**, die für zahlreiche Morde an laizistischen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Türkei verantwortlich ist (vgl. AntifaZ 39 und 40).

Die AMGT hat sich das Ziel gesetzt, die Familien türkischer Arbeitsmigranten in Europa gegen westliche Einflüsse abzuschirmen und als Mannövrieremasse für ein islamisches Regime zu benutzen. In ihrem Propagandablatt *Milli Gazete* (= Nationalzeitung) heißt es: "*Milli Görüs ist ein Schild, der unsere Mitbürger vor der Assimilierung im barbarischen Europa schützt.*"

Ihr militanter Islamismus richtet sich auch massiv gegen das Judentum und ergreift im Konflikt zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern offen Partei für deren islamistische Organisation **Hamas**: "*Ein Jude unterscheidet sich von dem Satan durch nichts. (...) Die Juden sind die Quellen der bösen Taten, die sich nicht nur gegen das Volk Palästinas, sondern gegen die ganze Menschheit richten. (...) Hinter allen üblen Ideen und Ideologien, die heute die ganze Welt erfaßt haben, stecken die Zionisten.*" (*Milli Gazete*, 31.04.1994)

Die AMGT/IGMG ist reich. Ihr Jahresbudget 1994 belief sich auf über **300 Millionen DM**. Angelockt durch Hausaufgabenhilfe, Computer- und Karatekurse, Zeltlager, Sportstudios und Fußballvereine, durch Vermittlung von Arbeitsplätzen und intensive Betreuung nach Gefängnisaufenthalt, laufen der **Milli Görüs die türkischen Jugendlichen in Deutschland scharenweise nach**. Einer Studie zufolge hat die Organisation zur Zeit **rund 30 % der in Deutschland lebenden Jugendlichen türkischer Abstammung** erfaßt.

Leiter der Organisation ist der (fundamentalistische) Theologe **Ali Yüksel**; zu seinem engeren Kreis gehören **Mehmet Erbakan** (Neffe von Necmettin Erbakan) und der sich äußerlich liberal gebende **Hasan Özdoğan** (Vorsitzender des AMGT/IGMG-nahen **Islamrates für Deutschland**).

Während des Krieges in Bosnien wurde in AMGT-Moscheen eifrig für die

islamischen Glaubensbrüder und -schwestern dort gesammelt, das Geld ging aber weiter an die RP Erbakans, der es für den Wahlkampf seiner Partei mißbraucht hat. Auch wenn die Milli-Görüs-Leute, die Wert auf finanzielle Unterstützung durch Saudi-Arabien und Kuwait legen, dies aus taktischen Erwägungen offiziell bisweilen bestreiten, so sind sie in Wirklichkeit Anhänger dieser Partei und müssen daher auch an deren Politik gemessen werden. Der Justizminister der Refah-Yol-Regierung, Kazan, trägt die Hauptverantwortung für den Tod von 12 politischen Gefangenen und die lebenslange geistige und körperliche Schädigung einer sehr viel größeren Zahl politischer Gefangener, die aufgrund ihrer von ihm zu verantwortenden willkürlichen Kasernierung in den Hungerstreik getreten waren (vgl. AntifaZ 61). (Aktuelle Daten größtenteils aus einer Pressemitteilung des Informationsbüros Türkei und Kurdistan; c/o Fabrik, Grabenstr. 20., 47057 Duisburg, Fax 0203/360575, bzw. G-Gemeinde, Tiegelstr. 21, 45117 Essen)

Zur Politik der RP gehörte es auch, den **Mordbrand auf ein Hotel in der türkischen Stadt Sivas am 2. Juli 1993** offen zu rechtfertigen, bei dem damals 37 Kulturschaffende verbrannt sind. Anlaß war die Teilnahme des Verlegers **Aziz Nesin** dort, der die "Satanischen Verse" von **Salman Ruschdie** auf türkisch herausgegeben hat. Vom damaligen türkischen Generalstaatsanwalt, **Nusret Demiralp** (MHP), wurde sogar der Versuch unternommen, statt der wahren Täter Aziz Nesin, der den Anschlag leicht verletzt überlebt hatte, als den für diesen Mordbrand Schuldigen vor Gericht zu ziehen (vgl. AntifaZ 57). All dies sollte Anlaß genug bieten, Milli Görüs, deren erklärtes Ziel in dem Satz zum Ausdruck kommt: "*Unser Ziel ist Gott, unser Führer der Prophet Mohammed, unser Gesetz der Koran, unser Weg der Heilige Krieg und unser erhabenster Wunsch ist, für die Ehre Gottes zu sterben*", mit äußerstem Mißtrauen zu begegnen. Sie sind Wölfe im Schafspelz.

Gegen die IGMG-Veranstaltung in Dortmund war weder von türkischen noch von deutschen Antifaschisten mobilisiert worden. Darin wird einmal mehr der Mangel an internationaler Zusammenarbeit unter den Antifaschisten deutlich. Immerhin gab es einige empörte Zuschriften von Lesern an die *Westfälische Rundschau*.

KD

## DER NAME DES KRIEGES GEGEN DAS VOLK IST KONTERGUERRILLA

(TEIL IV)

### Der Vorstand der MIT-Konterguerilla:

Der MIT ist die größte und am besten ausgestattete Organisation des Staates. Man sagt, dass er über eigene Flugzeuge, Hubschrauber und militärische Einheiten verfügt. Es ist immer geheimgehalten worden, wie viele Mitarbeiter er hat. 1/3 des Personals sind Offiziere. Und ein Teil besteht aus pensionierten Offizieren.

Der Aufbau des MIT ist kompliziert. Legal untersteht er den Ministerien, aber real wird er vom Generalstab geführt. Zur Führung des MIT wird meistens ein im Büro für Besondere Kriegsführung Arbeitender, also ein Offizier der Konterguerilla, ernannt. Wie alle Organisationen ist auch der MIT mit der Konterguerilla verschmolzen. Aber dadurch, dass in ihm Mitglieder verschiedener Geheimdienste und Personen, die verschiedenen Interessengruppen der Oligarchie angehören, arbeiten, kommt es unausweichlich zu Streitigkeiten um Macht und Interessenvertretung innerhalb des MIT.

Obwohl das Aktivitätsgebiet des Nachrichtendienstes eigentlich ein außenpolitisches ist, verwendet er seine gesamten Kapazitäten auf die Aufspürung und Verfolgung von Revolutionären, Demokraten, Fortschrittlichen und Patrioten, um damit verbunden "gegen feindliche Aktivitäten" Vorsorge zu treffen.

### Die Ideologie der Konterguerilla wird mit Faschismus genährt

"Wir sollten sie erhängen, anstatt sie zu ernähren", gab **Kenan Evren**, der Chef der Junta vom 12. September, von sich und meinte damit Revolutionäre. Kürzlich übergab der Generalstab den sogenannten 'Kurdenbericht' an die Regierung.

Der Bericht stützt sich von Anfang bis Ende auf rassistische Thesen.

In dem Bericht wird angegeben, dass die kurdische Bevölkerung sich vermehrt und dagegen Maßnahmen getroffen werden müssten. Das ganze kurdische Volk wird als Feind angesehen.

Wenn wir weitergehen, können wir hinter den Mafia- und Konterguerilla-Banden die faschistische MHP (Graue Wölfe) sehen.

Die Behauptung, dass es mehrere Leute vom Schlage des Faschisten Catli gibt, die im Dienst des Staates stehen, erhärtet sich.

Es ist bekannt, dass die Kontra-Chefs Mehmet Agar (vorerst "auf Eis gelegt"), Kemal Yazicioglu und Ibrahim Sahin der MHP angehören oder enge Beziehungen zur MHP haben.

Die Spezialeinheiten, die grausame Massaker verübt haben, wie Ohren oder Nasen abschneiden, Köpfe abhacken, foltern und vergewaltigen, gehören fast alle den MHP - Faschisten an.

Es sind ebenfalls die Faschisten, die heute Revolutionäre und Demokraten in den Schulen und Universitäten angreifen.

Ist es bloß ein Zufall, dass sie alle, von den Kontrachefs in der Staatsführung bis zu den Schulen, rassistisch sind? Dass sie alle, die anders denken als sie, als Feinde betrachten? Natürlich nicht. Auch die Konterguerilla stützt sich auf eine Ideologie, aus der sie Kraft schöpft, die Ideologie des Faschismus.

Es spielt keine Rolle, ob ein Konterguerilla-Mitglied der MHP angehört oder nicht, ihre Ideologie ist die gleiche. Weil sie für ein und denselben Zweck da sind.

Unter dem Vorwand, den Staat zu schützen, versuchen sie mit allen Mitteln, die Interessen der Oligarchie und des Systems durchzusetzen und das Regime an der Macht zu halten. Dabei kennen

sie weder Recht noch Gerechtigkeit oder Gesetz. Sie spielen also die ihnen vorgegebene Rolle, um die grausame Politik des Faschismus fortzusetzen.

### **Zwang zu bespitzeln**

In den Regionen und Orten, wo der revolutionäre Kampf intensiv entwickelt ist, ist das Bespitzeln eine der Aktivitäten der Konterguerilla. Sie versucht mit Hartnäckigkeit, das Spitzelnetz zu erweitern. Auf diese Weise versucht sie, diese Regionen unter ihre Kontrolle zu bringen und sofort Informationen über die revolutionären Aktivitäten zu bekommen. Diese Möglichkeit will sie nach Möglichkeit erweitern.

Die Spitzel werden meistens von Menschen ausgewählt, die in diesen Regionen wohnen oder arbeiten. Alle Nachrichtendienste, die Konterguerilla, sogar der einfache Polizist aus der Polizeiwache, versuchen, ein Netz von Agenten aufzubauen. In erster Linie wird versucht, Freiwillige unter den Reaktionären, Staatstreuen oder den Faschisten zu finden.

Dabei werden Menschen bevorzugt, die mit der Bevölkerung zusammen leben und über jede Entwicklung in dieser Region schnell informiert werden. Eine intensive Arbeit wird beim Gemeindevorsteher und bei den Kleinhändlern geleistet. Diejenigen, die nicht freiwillig bereit sind zu spitzeln, versucht man zu überreden, indem man ihnen persönliche Vorteile verspricht. Als letzte Möglichkeit werden Repression und Drohung ausgeübt.

In den ländlichen Regionen werden besonders die Gemeinde- und Ortsvorsteher zum Bespitzeln gezwungen.

Diese Personen bekommen zuerst ein Telefon. In vielen Fällen sogar ein Funkgerät. Das Spitzelnetz, das aus Vorsteher und DorfbewohnerInnen gebildet ist, wird in sich hierarchisch geordnet.

Es ist möglich, dass in einer kommunalen Behörde oder einer Fabrik sogar ein ganzes Spitzelnetz gebildet wird. In einer anderen Region können Spitzel von den BewohnerInnen kommen oder von der Polizei ausgebildet sein. Ein Beispiel: Um seinen Lebensunterhalt zu sichern, kann ein Spitzel in einer Fabrik oder Behörde als Arbeiter oder Angestellter beschäftigt sein und gleichzeitig für die Polizei arbeiten. Auf diese Art werden oft Straßenverkäufer benutzt. Es ist schwierig, Spitzel zu entlarven, wenn sie keine offenen Kontakte zur Polizei haben. Denn sie gehen wie jeder andere Mensch auch ihrer Arbeit nach. Letztendlich müssen sie ja nur telefonieren. Die beste Vorbeugung besteht darin, die Menschen in unserer Umwelt gut zu kennen, sie gut zu beobachten, was sowieso der Fall und notwendig ist, wenn wir unter den Massen arbeiten. Aber wir dürfen auch nicht alle Menschen, auch nicht alle Rechten, als Spitzel beargwöhnen. Zweitens, auch wenn wir im legalen Bereich arbeiten, sollten wir unsere Aktivitäten nur, soweit dies notwendig ist, offen durchführen. Informationen nicht in Anwesenheit von anderen weitergeben und Beziehungen nicht, wenn es nicht nötig ist, offenlegen.

Vor jeder Aktion und jedem Protest muß darüber nachgedacht werden, dass denunziert werden könnte und entsprechende Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Unser Volk ist von jeher gegen jede Art von Kollaboration und Spitzelei gewesen. Es ist nicht von ungefähr, dass die Polizeichefs von Zeit zu Zeit Leute gegeneinander aufhetzen und sich über mangelnde Unterstützung der Bevölkerung beklagen.

Das bedeutet aber nicht, dass die Polizei ihre Spitzelaktivitäten nicht fortführt. Wenn ein Spitzel aufgedeckt wird, sollte er dem Volk vorgeführt und bestraft werden; wir dürfen das Spitzelunwesen nicht einfach dulden und damit als legitim erscheinen lassen.

### **Die Geständnisse des Majors Cem Ersever:**

(Auf die Frage eines Journalisten, ob er Alaattin Kanat kenne:) *"Ich denke, im Jahre 1986 war er Mitglied der PKK. Innerhalb der Organisation ist er rasch aufgestiegen. Er war der Verantwortliche des Gebiets von Mardin und Batman. Im Jahr 1990 wurde er zum Verantwortlichen für Istanbul ernannt. Hier hat er den Stellvertretenden Kommandanten des Diyarbakir-Gefängnisses, Major Esat Oktay Yildiran, ermordet. Aber später kam er mit der Organisation in Streit. Er kam zu uns und hat sich ergeben. Er hat Geständnisse abgelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt war der PKK-General Zinnar der wichtigste, den wir in die Finger gekriegt*

*hatten. (...) Alaattin Kanat wurde heute in Diyarbakir im Wohnhaus des Gouverneurs des OHAL (= Ausnahmezustandsgebiet) untergebracht.(...) Alaattin Kanat hat eine aus 30 bis 40 Verrätern bestehende eigene Einheit. Diese Einheit hat er im Diyarbakir-Gefängnis aus den Zellen der Verräter gebildet. Wenn in das Gefängnis ein neuer 'Vogel' kommt, versuchen sie gleich, ihn in diese Einheit zu ziehen. (...) Die Einheiten, die aus Verrätern gebildet werden, werden Stern-Einheiten genannt. Wir hatten in unseren Händen viele Stern-Einheiten. Wir haben eine Stern-Einheit, die nur aus Frauen besteht, in die Berge geschickt, wir hatten sehr viel Erfolg damit. (...) Wie ich gesagt habe, diese Verräter waren zu Einheiten zusammengeschlossen. Ein anderes Mitglied einer Einheit war Recep Tiril. Er ist ein Psychopath. Ein anderes Mitglied trug den Decknamen Salman. (...) Dieser Mann mit dem Decknamen Salman war aus Eruh. Ein anderes Mitglied der Einheit war Adem Yakin. Er wurde im Jahr 1990 bei der bewaffneten Auseinandersetzung in Tahtoras festgenommen. Er ist auch ein Verräter. Sie alle leben in den Häusern der OHAL-Gouverneure. Das Personal des Regierungspräsidenten und das Personal der Gendarmerie-Kommandantur sind an der gleichen Stelle. (...) Dieser Mensch mit dem Decknamen Salman, an seinen richtigen Namen kann ich mich nicht erinnern, betrieb auch Heroin- und Waffenschmuggel. Selbst nachdem er Verräter geworden war, wurde er noch wegen Raubes festgenommen. Natürlich ist er sofort wieder rausgeholt worden. (...) Ihr habt richtig geschrieben; in diesem Heroin- und Waffenschmuggel steckten Gendarmerie und Polizei drin. Sie stecken alle unter einer Decke."*

#### **Die Aufgaben des MIT nach den 1983 geänderten Gesetzen**

- a) Im ganzen Land nationale Sicherheitsdienste gründen und Informationen von Aktivitäten gegen die Zusammenarbeit des Landes und des Volkes, gegen die Existenz, Unabhängigkeit und Sicherheit des Staates, gegen die Gesetze und die nationale Kraft des Landes sammeln und an den Staatspräsidenten, den Ministerpräsidenten, den Generalstabschef, den Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates und an andere zuständige Stellen weiterleiten.
- b) Pläne für die nationale Sicherheit vorbereiten und entwickeln; über den Staatspräsidenten und den Ministerpräsidenten sowie den Generalstabschef die Informationswünsche und -bedürfnisse der jeweiligen Ministerien befriedigen.
- c) Aktivitäten zur Informationssammlung durchführen und dem Nationalen Sicherheitsrat und dem Ministerpräsidenten Vorschläge machen.
- d) Staatliche Kommissionen und Institute bei Aktivitäten zur Informationsverteilung und zur Verhinderung von Informationsweitergabe in technischen Angelegenheiten beraten und die Organisierung ihres Aufbaus unterstützen.
- e) Für die bewaffneten Streitkräfte aus der Sicht des Generalstabschefs notwendige Nachrichten und Informationen, nach deren Protokollierung, an den Generalstabschef weiterleiten.
- f) Andere Aufgaben, die im Nationalen Sicherheitsrat festgelegt werden.
- g) Widerstand gegen Auskunftserteilung leisten.

#### **Protokoll der Parlaments vom 2. März 1993 zum Thema Konterguerilla:**

*"Die Regierung ist dagegen, die unwahren Anschuldigungen mit der Absicht, unseren Staat zu verletzen, zum Untersuchungsthema unseres hohen Parlaments zu machen." (Nevzat Ayaz, Minister für Nationale Verteidigung, DYP)*

*"Die in einem Jahr auf 600 gestiegene Zahl der Morde unbekannter Täter stellt für die Koalitionsregierung, für uns alle und für die Demokratie eine große Beschämung und eine große Schande dar. Falls der Antrag auf Untersuchung heute abgelehnt wird, ist dies eine Wunde für unser demokratisches parlamentarische Regime. Wenn unser hohes Parlament diese Gelegenheit verpaßt, wird es sich vor der Geschichte verantworten müssen." ( Algan Hacaloglu, CHP)*

*"Herr Demirel sagte hier: Wir wollten eine Untersuchung der Konterguerilla, sie schickten Nachricht, wir sollten die Sache nicht aufwühlen. Anscheinend wurde heute auch Nachricht an Herrn Demirel und Herrn İnönü geschickt, sie sollten diese Nachricht an die derzeitige Opposition weiterleiten,*

*damit sie die Sache ruhen lassen und versuchen, ihre eigenen Fraktionen unter Druck zu setzen." (Hasan Mezarci, RP)*

*"Es gibt bestimmte Gründe, wieso diese Organisation zum Ziel von Angriffen gemacht wird. Die Gründe: die Sicherheitskräfte zu verletzen, ihre Moral zu verderben, innenpolitische Probleme zu schaffen, sie parteiisch zu machen, die Gesellschaft zur Verzweiflung über diese Kräfte zu bringen und die Gesellschaft auf ihre Seite zu ziehen. Wenn man es in zwei Worten zusammenfaßt, das Vertrauen in den Staat zu erschüttern." (Baki Tug, DYP)*

*"In einer Zeit, in der die große Masse nicht genügend Informationen hat, führen manche Personen, Zirkel und sogar Institutionen von Zeit zu Zeit in Aktionen ausartende Kampagnen durch. Das offene Ziel dabei ist es, die Gedanken der Menschen zu verwirren und dem türkischen Staat und manchen seiner Institutionen zu schaden und sie zu zerstören." (M. Bahri Kibar, ANAP)*

### **Worin besteht die Arbeitsweise der Konterguerilla ?**

Für das Fortbestehen des Staates sind alle Arten von Massakern, Provokationen, Folterungen und Grausamkeiten recht. Sie sind richtungweisend für das Vorgehen und die Organisierung der Konterguerilla und bestimmen das Ausmaß an Ungesetzlichkeit.

Vor allem darf man die Konterguerilla nicht nur als eine Organisation begreifen, die alles in Schutt und Asche legt, Massaker begeht und Provokationen und Intrigen schmiedet; natürlich wird sie in ihrem Kampf gegen das Volk ausgiebig von solchen Mitteln Gebrauch machen, aber das ist nur eine Seite der Medaille in diesem Krieg.

Vielmehr muß man die Konterguerilla als eine von vielen verschiedenen Organisationen sehen, die mit dem Ziel des Krieges gegen das Volk gegründet wurden und zur Gesamtheit des von diesen Organisationen auf verschiedenen Ebenen durchgeführten Krieges zur Unterdrückung des heutigen revolutionären Kampfes gehören. Dieser Krieg ist total, er erfaßt mit seinen ökonomischen, demokratischen, politischen, ideologischen, psychologischen und militärischen Dimensionen nahezu alle Fronten.

Je stärker der revolutionäre Kampf und sein Ausmaß wird, desto mehr wendet die Konterguerilla ihre neuen Konterpraktiken an, das ist die Regel des Krieges. Die nach 1985 ins Leben gerufenen "Dorfschützer" (Paramilitärs), die seit Anfang der 90er Jahre enorm zunehmenden Exekutionen, Massenmorde, Verschleppungen, Morde durch "unbekannte" Täter, der systematische Einsatz von Verrätern (Überläufern), die verstärkten Aktivitäten der verdeckten Ermittler und Denunzianten, die Spezialteams, das Legalisieren des Dorfschützersystems, die Rekrutierung der Spezialteams, die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Antiterrorgesetze machen neben vielen anderen Angriffen deutlich, dass die Konterguerilla ihre Aggression verschärft und einen totalen Krieg gegen das Volk eröffnet hat.

### **Exekutionen, Verschwindenlassen und Täter-unbekannt-Morde:**

Exekutionen, Verschleppungen und Morde durch "unbekannte" Täter sind in der Zeit seit 1991 an Intensität "blitzartig" zunehmende "Praktiken" der Konterguerilla. Natürlich ist dieser Zustand nicht aus heiterem Himmel entstanden. Die Jahre 1990/1991 gelten als die Aufstiegsjahre von Devrimci Sol. Diese an Stärke zunehmende revolutionäre Opposition hatte mit Massenprotesten, Dutzenden von bewaffneten Aktionen und Bestrafungen die Oligarchie in ihrem Fundament erschüttert. Die kurdische nationale Bewegung, die die Streitkräfte immer wieder "im Frühjahr ausmerzen" wollten, konnten sie ebensowenig ausrotten. Zusätzlich waren die Jahre 1990/1991 die Zeit der Massenproteste und der "Intifada" (des Serhildan) in Kurdistan. Der Staat, der sich durch die Ausweitung der revolutionären Bewegung in die Enge getrieben sah und seine psychologische Überlegenheit verlor, initiierte eine neue Welle der Aggression.

Das Kapitel des Verschwindenlassens begann mit dem in "Untersuchungshaft" genommenen Yusuf Eristi am 14. Mai 1991 in Belgradkapi/Istanbul. Während Augenzeugen berichteten, Yusuf Eristi im Polizeirevier gesehen zu haben, gab die Polizei nie offiziell zu, ihn verhaftet zu haben. Seit dem Zeitpunkt nahmen Berichte von "Verschwundenen" kontinuierlich zu. Wenngleich die genaue Anzahl nicht genau beziffert werden kann, so wird die Zahl der vergangenen drei Jahre

Verschwundenen auf 400 geschätzt. Die Anzahl für die Jahre 1980 bis 1991 hatte indessen nur 13 betragen, im Jahr 1991 waren es 4 Verschwundene, 1992 gab es 8 und im Jahr 1993, soweit ermittelbar, 23. Das heißt, dass zu diesem Zeitpunkt noch keine systematische Politik existierte, wogegen das Verschwindenlassen ab 1993 lawinenartig zunahm und als eine der Konterguerillamethoden zur gezielten Staatspolitik wurde. 1994 war die bekanntgewordene Zahl 26. Hinzu kommen 299 Verschleppte in Kurdistan, deren Schicksal bis heute ungeklärt blieb. 1995 sind nachweislich 213 Menschen in Polizeigewahrsam verschwunden, ebenso viele sind, verschiedenen Hinweisen zufolge, "nach" dem Gewahrsam verschollen.

Diese Methode stammt von der CIA. Sie ist bereits früher in anderen Ländern erprobt und angewandt worden. Einige Beispiele:

- \* In Guatemala wurden ab 1966 Zehntausende von Menschen durch den Staat ermordet oder verschleppt.
- \* Die in Uruguay im Juni 1973 an die Macht gekommene Junta ließ tausende Revolutionäre in den Tiefen des Urwaldes und in den Kloaken verwesen.
- \* Der durch einen von der CIA initiierten Putsch an die Macht gekommene General Pinochet, der die vom Volk gewählte Allende-Regierung 1973 stürzte, ließ Tausende chilenischer Revolutionäre und Oppositioneller in Fußballstadien treiben und massakrieren.
- \* Wie ein "Fleischwolf" schlachteten die Generäle, die 1976 in Argentinien die Macht an sich rissen. Schätzungen zufolge betrug die Zahl der durch die dortige Junta verschleppten und ermordeten Menschen 30.000. Tausende wurden von Flugzeugen aus ins Meer geworfen.
- \* In Peru wird die Zahl der Opfer der in den letzten 10 Jahren systematisch betriebenen Politik des Verschwindenlassens mit ungefähr 4.500 angegeben.

Warum sah der türkische Staat die Notwendigkeit, dieses Vorgehen ebenfalls anzuwenden?

Auf diese Frage gibt es mehrere Antworten. Die Methode des Verschwindenlassens wird einer gesetzlichen Inhaftierung dann vorgezogen, wenn eine Verurteilung der Opfer ungewiß oder unwahrscheinlich ist. Der Putsch-General Evren formulierte das so: *"Sollen wir sie etwa ernähren, statt sie zu hängen?"*. Als Schlußfolgerung ergibt sich, dass das eigentliche Ziel nicht allein die physische Vernichtung der Opposition, sondern auch ihre Einschüchterung ist.

Die Täter-unbekannt-Morde werden als Teil der psychologischen Kriegführung benutzt. Revolutionäre, Demokraten und patriotische Menschen werden aus ihren Häusern, von ihren Arbeitsstellen oder auf offener Straße abgeführt und ihre Leichen, meist nach Folterungen, in Straßengräben oder Flußläufe geworfen. Bei vielen sind offene Folterspuren zu erkennen, und trotz möglicher Beweise ihrer Urheberschaft ist die Konterguerilla nicht sonderlich darum bemüht, die Leichen zu verstecken, vielmehr werden diese an Orte gebracht, wo sie leicht entdeckt werden können. Der Grund dafür liegt natürlich nicht darin, dass man keine Zeit für das "Verstecken" der Leichen gehabt hätte. Wie oft auch die Verantwortlichen des Staates beteuern mögen, dass die Polizei, die Staatsgewalt *"innerhalb des gesetzlichen Rahmens"* gegen Terror vorgehe, die Konterguerilla demonstriert offen ihre Gesetzlosigkeit, Unverfrorenheit und, dass kein Gesetz, keine Regel sie an der Durchführung von Massakern und Folterungen werde hindern können.

Die Zunahme der Exekutionen seit 1991 ist das Ergebnis dieser Politik. Die Ermordung der Devrimci-Sol-Kämpfer Olcay Uzun und Faruk Bayrakci am 9. April 1991 in Izmir, von Hatice Dilek und Ismail Oral am 19. Mai 1991 in Bayrampasa/Istanbul und das Massaker an 11 Menschen am 12. Juni in Balmumcu, Nisantasi, Dikilitas sowie in Yeni Levent/Istanbul, von denen 10 Devrimci-Sol-Mitglieder und -Kämpfer waren, offenbart, dass der Staat die Exekutionspolitik inzwischen zu einer systematisch betriebenen Allgemeinpolitik entwickelt hat. Seither wurden und werden auf fast jedem Fleck der Türkei unter dem Vorwand der Razzia gegen revolutionäre Zellen, Hunderte mutmaßliche Revolutionäre und Patrioten ermordet. Nicht Festnahme ist die Absicht, sondern Ermordung. Unbewaffneten legt man nach ihrer Ermordung Waffen an die Seite, um einen Schußwechsel vorzutauschen. Die Exekutionen werden so weit getrieben, dass sogar demokratisch arbeitende Sympathisanten und Anhänger zur Zielscheibe werden. Eines der letzten Beispiele dafür

ist die Ermordung von Irfan Agdas mitten auf der Straße, während des Verkaufs der Zeitung *Kurtulus*. Auf ähnliche Art wurden zuvor bereits in Kurdistan Patrioten im Kindesalter, die die Zeitungen *Özgür Ülke* und *Özgür Gündem* austrugen, ermordet.

Die Exekutionspolitik beschränkt sich nicht nur auf die Metropolen, sie ist in ihrem Ausmaß eine das gesamte Land umfassende Staatspolitik. Der Staat nimmt eine Haltung der totalen Vernichtung der Guerilla und der Nicht-lebend-Gefangennahme ein. Außer denen, die sich selbst ergaben, fing man an, alle nach Gefechten lebend Gefaßten zu exekutieren, anstatt sie festzunehmen. Die Exekutionen und Massaker weiteten sich außer auf die Guerilla auch auf die Dorfbewohner aus, von denen man vermutet, daß sie der Guerilla logistische Unterstützung gegeben haben. Das geht so weit, dass von den aus ihren Dörfern abgeholt oder zum Revier vorgeladenen Menschen entweder jede Spur fehlt oder dass man ihre hierhin und dahin geworfenen Leichen, im allgemeinen wieder mit Folterspuren, auffindet.

Wenn man sich die Verdichtung der Exekutionen und der Täter-unbekannt-Morde vor Augen führt, erkennt man neben der physischen Vernichtung, dass der Staat mit dieser Politik eine Welle der Angst bei der Opposition auszulösen versucht. Die Intention ist Einschüchterung, Passivierung der Revolutionäre, deren Abkehr von ihren Zielen, man will ihnen zeigen, was sie erwartet, wenn sie ihren Kampf für das Volk und gegen den Staat weiterführen. Auch die Massaker der letzten Jahre in den Gefängnissen von Buca, Ümraniye und Diyarbakir müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Diese Menschen waren sowieso gefangen, ihren Feinden immer vor den Augen, aber für die Konterguerilla ist nicht die Inhaftierung ausschlaggebend, sondern der Widerstand. Sie will den Widerstand, den sie nicht unterwerfen kann, durch in Massenmorde ausartende Angriffe brechen. Die Drohung gilt nicht nur den Häftlingen in den Gefängnissen, sondern auch denen, die draußen den Kampf weiterführen. Die Botschaft der Konterguerilla an die Revolutionäre und Patrioten lautet: "Ihr sollt nicht glauben, die Folter lebend zu überstehen, wenn wir wollen, können wir euch jederzeit im Gefängnis umbringen. Hier gibt es keine Gewähr für euer Leben."

Genau wie wir wissen alle Revolutionäre, Demokraten und Patrioten um den hohen Preis für revolutionäres Handeln in einem faschistischen Land: in Untersuchungshaft genommen und gefoltert werden, verhaftet und ins Gefängnis gebracht werden, im Kampf gegen den Feind fallen. Das sind fast schon natürliche Ergebnisse des Kampfes und der Auseinandersetzung mit dem Feind. Als Revolutionär akzeptiert man diesen Preis und bezieht Stellung bei diesem Kampf. Aber die Konterguerilla möchte den mit den Praktiken von Unterdrückung, Terror, Massakern, Verschwindenlassen, Exekutionen, Täter-unbekannt-Morden bezahlten Preis noch höher schrauben und, indem sie demonstriert, dass kein Gesetz und keinerlei juristische Regeln sie binden, nicht nur in den Köpfen der direkt im bewaffneten Kampf tätigen Guerilla oder Milizen, vielmehr bei allen, auch im demokratischen Bereich Arbeitenden, Revolutionären, Patrioten, Demokraten und sogar einem gewöhnlichen Arbeiter, der Gewerkschaftsmitglied ist, eine Schranke der Furcht errichten. Zwar ist es ihr nicht möglich, alle revolutionären Patrioten, Demokraten und Anhänger zu ermorden, aber sie will mit ihrer Lektion dem Volk folgende Botschaft übermitteln: "Für die Ermordung, Verschleppung und Erschlagung ist es nicht mehr nötig, unbedingt eine Waffe in der Hand zu haben oder im Kampf zu sein. Um eine Zielscheibe für die Konterguerilla zu werden, reicht es aus, eine revolutionäre Zeitung oder Zeitschrift zu vertreiben, sich in einem legalen Verein zu betätigen oder sich mit Revolutionären zu solidarisieren. Denn das Gesetz der Konterguerilla besteht darin,

MIT EINER

# SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



**SWB**  
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH  
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung  
Karl-Hermann-Str. 14  
45701 Herten  
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen  
Sanitärinstallationen  
Elektroinstallationen

Solaranlagen  
Regenwassernutzung  
Brennwertkessel

dass sie keine Gesetze kennt. Sie hat das Maß für Schuld und Strafe verloren, für sie ist ein Feind nichts als ein Feind, egal wie groß seine 'Schuld' ist, ganz gleich, ob das, was er getan hat, nach geltendem Recht strafbar ist oder nicht. Auch wenn dies nicht der Fall ist, ist er doch ein Feind, dem man jede Strafe verordnen kann. Daher passe auf deine Schritte auf; wenn du Revolutionär bist, hör damit auf, wenn du keiner bist, halte dich von diesen fern, nimm nicht an Aktivitäten gegen den Staat teil, andernfalls wirst du kein gutes Ende finden."

Nun, hier drängt sich die Frage auf, ob der Staat mit dieser Politik Erfolg hat oder ob durch sie die Bloßstellung seines wahren Charakters noch mehr beschleunigt wird.

Der Staat wendet moderne Methoden an und entwickelt neue Strategien, um unbedingt Resultate zu erzielen, eine Tatsache, die zugleich aber das Versagen seiner bisherigen Strategie zur Niederwerfung des revolutionären Kampfes deutlich macht. Er hat es nicht geschafft, mit der Politik der extralegalen Ermordungen, der Morden "unbekannter" Täter und des Verschwindenlassens die revolutionäre, demokratische Opposition niederzuschlagen. Nur, zu behaupten, dass diese Politik ohne jeglichen Einfluß auf die Menschen geblieben wäre, wäre ein sehr übertriebener Optimismus. Hier und da hat sie schon eine eindämmende Rolle gespielt. Es liegt auf der Hand, dass die Verbreitung von Angst und die Höhe des bisher bezahlten Preises dazu geführt haben, dass sich die Haltung der kleinbürgerlichen Schichten, die sich vom System noch nicht völlig gelöst haben, auch die der kleinbürgerlich-radikalen Organisationen, hin zu einer Rückkehr zum System verstärkt hat.

Sosehr auch der Staat diese Politik leugnet, so kommt er doch nicht um seine Bloßstellung herum. Um den Zustand des Status quo zu verlängern oder vor die Wahl gestellt zwischen der Verhinderung eines Umsturzes oder dem Risiko seiner Bloßstellung, entscheidet er sich selbstverständlich für letzteres.

Er ist gezwungen, dieses Risiko einzugehen, denn er verfügt nicht über die Fähigkeit und Reserven, um demokratische und wirtschaftliche Reformen ins Leben zu rufen, mit denen er die Bedürfnisse des Volkes befriedigen könnte. So bleibt ihm keine Alternative, als durch Repression und Terror die Opposition, das Volk, zu unterdrücken.

#### **Ist es möglich, Massaker, Verschwindenlassen, Täter-unbekannt-Morde zu verhindern?**

Man muß sich darüber im klaren sein, dass eine völlige Beseitigung dieser Terrorpolitik unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich ist. Nicht nur in Ländern, in denen, wie in unserem Land, der Faschismus die Staatsgewalt beherrscht, sondern auch in den bürgerlichen Demokratien von Europa ist bisher eine totale Verhinderung jener Praktiken erfolglos geblieben. Insbesondere kommen sie gegen die den bewaffneten revolutionären Kampf befürwortenden Organisationen hin und wieder zur Anwendung.

Die absolute Beendigung dieser Politik ist nur mit einer Revolution möglich, die allein imstande wäre, diesem Terrorsystem der Herrschenden ein Ende zu setzen. Das heißt aber nicht, dass diese Politik des Staates nicht zurückgedrängt oder sogar paralytisiert werden kann. Das ist möglich. Und das Elixier dafür ist das unentwegte Engagement und das Festhalten am Kampf. Denn das Ziel aller Aggressionen des Gegners ist die Niederschlagung des Kampfes. Die Bloßstellung des Staates ist natürlich wichtig, allein bleibt sie jedoch ohne Nutzen. Wenn wir imstande sind, trotz der gesamten Offensive des Staates den Kampf auszuweiten, wird seine Politik zusammenbrechen. Wir werden jedem Angriff des Feindes mit einer Widerstandsaktion begegnen; greift er unsere Stützpunkte an, so werden wir unsere Tradition, uns nicht zu ergeben, fortleben lassen, gibt es Übergriffe auf unsere demokratischen Stellungen, so werden wir das Feld nicht räumen. Wir werden uns noch mehr für unsere "Verschwundenen", ermordeten Weggefährten, für alle Revolutionäre, Demokraten und Patrioten einsetzen. Trotz aller Aggressionen werden wir uns nicht davon abbringen lassen, das Volk weiter zu organisieren und es in den Kampf einzubinden. Mit dem Erreichen dieses Ziels wird die Politik des Gegners scheitern, sie wird nichts anderes erreichen, als dass sich ihre Versuche in eine Waffe verwandeln, die sich gegen sie selbst richten wird.

**Anhang: Einige "Verschwindengelassene":**

**Hüseyin Toraman:** Am 27. Oktober 1991 verließ er seine Wohnung in Istanbul Kocamustafa Pasa Demirci Sokak Nr. 8/1, um einzukaufen. Er wurde direkt vor den Augen der Bevölkerung und seiner Frau in einem Auto mit dem Kennzeichen 34 AT 256 von drei Zivilpolizisten entführt.

Seit dem 29. Oktober 1991 blieben alle Anfragen an die zuständigen Behörden ergebnislos. Es gab keine Nachricht mehr über ihn.

**Ismail Hakki Kocakaya:** Er wurde festgenommen, als er am 23. November 1991 in Diyarbakir mit Familienangehörigen spazierenging. Zivile Personen, die angaben, Polizisten zu sein, zertritten ihn in ein Auto mit dem Kennzeichen 21 E7 916.

Am 27. November wurde seine Leiche in der Region Karadag aufgefunden.

Es ist festgestellt worden, dass das Auto, das bei der Entführung benutzt wurde, zum Wagenpark des Polizeipräsidiums gehört.

**Ayhan Efeoglu:** Er wurde am 6. Oktober 1992 festgenommen. Obwohl diejenigen, die zur gleichen Zeit festgenommen wurden, aussagen, dass Ayhan Efeoglu sich in polizeilicher Gewalt befinde, wurde seine Festnahme von der politischen Abteilung in Istanbul und vom DGM (Staatssicherheitsgericht) nicht zugegeben.

**Aysel Malkac:** Als Mitarbeiterin der Zeitung *Özgür Gündem* bei der Abteilung für Berichterstattung machte sie sich am 7. April 1993 auf den Weg, um zu recherchieren. Seitdem fehlt von ihr jede Spur. Alle Anfragen blieben unbeantwortet. Die Polizei bestreitet die Festnahme bis heute.

**Lütfiye Kacar:** Sie ist seit dem 5. Oktober 1994 verschwunden. Während Polizisten von der Anti-Terror-Abteilung in Istanbul bei der Zeitung *Kurtulus* anriefen und sagten, dass Lütfiye sich zur Zeit in ihren Händen befinde und sie sie verschwinden lassen würden, blieben alle Anfragen bei den zuständigen Behörden bis jetzt unbeantwortet.

**Behcet Cantürk:** Ein kurdischer Unternehmer. Am 15. Januar 1994 wurde er in Sapanca, einem Vorort der Stadt Sakarya, tot aufgefunden.

**Kerem Gencer:** Kerem Gencer, ein Vorbeter, wurde am 17. Januar 1994 in der Nähe von Kirkbudak. in einem Dorf nahe Tatvan, tot aufgefunden.

**Yusuf Ziya Ekinci:** Einer der Anwälte der Anwaltskammer in Ankara. Er war auch der Anwalt des ermordeten kurdischen Geschäftsmanns Behcet Cantürk. Yusuf Ziya Ekincis Leiche wurde in der Nähe von Gölbesi/Ankara gefunden.

**Mehmet Serif Avsar:** Händler. Am Morgen des 7. Mai 1994 wurde er im Dorf Tepebasi, in der Nähe von Diyarbakir, tot aufgefunden.

**Ikram Mihyas:** Gewerkschafter. Seine Leiche wurde am 6. Juli 1994 im Dorf Yaka in der Nähe von Izmir gefunden.

( aus: Konterguerilla - Der Name des Krieges gegen das Volk, Halk Kurtulus Publikation, Januar 1997, Dusartstraat 38, 1072 HT Amsterdam/ Holland . Text von der AntifaZ-Redaktion überarbeitet)

## Attatroll | Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16

☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter  
Diese Menschen, und sie töten  
Nicht einander mehr aus Eifer  
Für die himmlischen Interessen. -

Partner der  
Büchergilde

Partner der  
Büchergilde

"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,  
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,  
Sondern Eigennutz und Selbstsucht  
Treibe sie jetzt zu Mord und Totschlag.  
Heinrich Heine "Atta Troll"

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

## ZUM URTEIL GEGEN DEN NAZI-MÖRDER THOMAS LEMKE

### Ein - vorläufiger - Abschlußbericht

Am 18. März 1997 wurde in Essen das Urteil gegen Thomas Lemke gesprochen - gegen einen mehrfachen Mörder aus der Nazi-Szene. Das "Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus" legte folgenden Abschlußbericht vor.

#### Die Angeklagten

**Thomas Lemke**, geb. 31.7.1968 als un-eheliches Kind. Lemke wächst hauptsächlich bei den Großeltern auf, 1985 macht er seinen Hauptschulabschluß. Er bricht eine Tischler- und Dachdeckerlehre ab. Er arbeitet als Schreinergehilfe und wird arbeitslos. 1985 bekommt er zu dem Altnazi Luisetti Kontakt und gründet seine erste Skingruppe die „Bomber“. Im Zusammenhang mit seinen Aktivitäten in diversen Neonazigruppierungen wird er 1986 erstmals zu einer Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Hauptgrund war ein Brandanschlag auf eine türkische Familie, 1991 wurde er zu einer Gefängnisstrafe von 21 Monaten verurteilt, an die im Vollzug seine Jugendstrafe noch angehängt wurde. Die abermalige Verurteilung ging auf eine Anzeige (wegen Morddrohungen) seiner ehemaligen Verlobten Iris K. und Martin Kemming zurück. (Wofür beide auf seine Todesliste kamen und Kemming sterben mußte!) Bis Oktober 1993 saß Thomas Lemke in der JVA Schwerte. In dieser Zeit bekam er Kontakt zu

**Bianka Weidemann**, geb. 29.9.1970. Anfang November 1993 trafen sich beide erstmals. Bianka Weidemann ist ledig. Ihre Mutter ist Fabrikarbeiterin und ihr Vater ist nun Rentner. Sie hatte bisher keine Vorstrafen. Sie war mit angeklagt für

die Tötung von Dagmar Kohlmann.

**Marcel Müthing**, geb. 5.7.1971, lebt in Oberhausen. Er ist nun 4 Jahre verlobt und hat 2 Kinder. Sein Vater ist Schulleiter und seine Mutter Justizangestellte. Eine Elektrikerlehre brach Müthing aus gesundheitlichen Gründen ab. Er ist arbeitslos. Er kennt Thomas Lemke seit 1993, bewegt sich in der Neonaziszene allerdings schon länger. Er hat eine geringfügige Vorstrafe wegen Schwarzfahren. Im Gerichtsverfahren war er mitangeklagt für die Ermordung von Patricia Wright.

#### 1. Vorgeschichte

Schlagzeilen machte der Neonazi-Serienmörder Thomas Lemke Anfang des Jahres 1996. Nach der Ermordung des Martin Kemming in Dorsten-Rhade am 15. März 1996, stellte sich nach der Verhaftung von Thomas Lemke heraus, daß mindestens zwei weitere Morde auf sein Konto gehen. Am 16. Juli 1995 ermordete Lemke gemeinschaftlich mit seiner Lebensgefährtin Bianka Weidemann die Dortmunderin Dagmar Kohlmann durch erwürgen. Gemeinschaftlich mit dem Oberhausener Marcel Müthing ermordete er am 3. Februar 1996 in Bergisch-Gladbach eine weitere junge Frau, Patricia Wright, in Bergisch-Gladbach bestialisch mit 91 Messerstichen.

*Lemke gestand nichts ...*

Daß diese weiteren Morde überhaupt bekannt wurden, lag nicht an Lemke. Er legte erst dann ein Geständnis ab, nachdem die Hinweise dazu von seiner Ex-Lebensgefährtin kamen. Dann allerdings legte Lemke los und gestand weitere drei Morde, die bisher nicht nachgewiesen werden konnten.

Auch nach dem Prozeß ist nicht auszuschließen, daß möglicherweise weitere Morde auf Lemkes „Konto“ gehen. Im Prozeß gab es jedenfalls Hinweise darauf, daß es weitere Opfer geben könnte. So gab z.B. der Altnazi Luisetti in der Verhandlung an, daß Lemke ihm gesagt habe, er hätte „einen erschossen und er gehe nun einen weiteren erschießen.“ Das war am Abend vor der Ermordung von Martin Kemming.

Der ganze Prozeß krankte vor allem daran, daß die Staatsanwaltschaft in den seltensten Fällen eingriff und als Tatzeugen praktisch nur die Angeklagten aussagten. Die Ermittlungen der Polizei waren in vieler Hinsicht mehr als unzureichend. Die Informationslücken zur Motivation für die Morde und beim Tatablauf waren unübersehbar. Staatsanwaltschaft und Polizei erweckten so den Eindruck als sollten gar nicht alle Fakten auf den Tisch.

Nach Angaben von Lemke waren alle seine Opfer „Verräter“. Nachfragen, warum er die

beiden Frauen als „Verräterinnen“ bezeichnete, gab es weder von Seiten der Staatsanwaltschaft noch vom Richter. Ungeklärt blieb insbesondere der rechtsextreme Hintergrund der Taten. Allein der Nebenkläger machte deutlich, daß der Begriff des „Verräters“ ein Schlüssel zum Verständnis der Morde und des rechtsextremen Hintergrundes sein könnte.

*Trotz Geständnis, unschuldig...*  
Lemke, geprägt vom faschistischen Verständnis eines „Verräters“ kam dann auch zu der Aussage, daß er es selbstverständlich „nicht bereue“ den Verräter Kemming erschossen zu haben. Er nannte es „ausgleichende“ Gerechtigkeit“, weil Kemming ihm durch seine Anzeige die Möglichkeit „eines bürgerlichen Lebens“ genommen habe. Mit der Realität hat dies wenig zu tun, denn die Anzeige Kemmings war eine Reaktion auf eine Morddrohung, die Lemkes Ansicht nach, in seinen Skinkreisen „völlig normal sei“. Deshalb habe Kemming es sich selbst zuzuschreiben, daß er ihn erschossen hat.

Lemke setzte noch einen oben auf, indem er den Strafverfolgungsbehörden die Schuld an zwei Morden quasi in die Schuhe schob, denn sie hätten seit Oktober 1995 gewußt, wo er sich aufhielt. Trotz Haftbefehl hätte man ihn nicht aus dem Verkehr gezogen.

*Die Zeugen...*

Die Zeugen im Prozeß waren neben den ermittelnden Polizeibeamten, den Gutachtern und den Angehörigen der Opfer, ausschließlich Leute aus dem braunen Umfeld der Täter.

#### **Die Opfer**

**Dagmar Kohlmann** wurde am 16.7.1995 in Altena von Thomas Lemke und Bianca Weidemann durch erwürgen ums

Leben gebracht. Die damals 25jährige Altenpflegerin aus Dortmund, lernte Lemke 1993 bei einem Knastbesuch in der JVA Schwerte kennen. Der Kontakt riß auch nach Lemkes Entlassung nicht ab, im Sommer 1994 wollen sie gar „glückliche Tage“ - so Lemke - verbracht haben. Nach Aussage der Freundin, über die Dagmar Kohlmann Lemke kennenlernte, muß das Opfer zum „braunen Umfeld“ gerechnet werden. Angeblich mußte sie sterben, weil Lemke gerade ein Opfer suchte, um seine Freundin Bianca Weidemann über ein gemeinsam begangenes Verbrechen an sich zu binden.

**Patricia Wright** mußte am 3.2.1996 durch 91 Messerstiche sterben. Die damals 22jährige soll Lemke angeblich durch einen Sticker „gegen Nazis“ aufgefallen und deshalb von ihm angesprochen und später ermordet worden sein. Der Besuch Lemkes und Müthings bei ihr am Todestag war vermutlich, so die Hinweise, nicht Lemkes erster Besuch.

**Martin Kemming** starb am 15.3.1996 durch zwei Schrottschüsse in die Brust. Bereits 1991 sagte Kemming vor Gericht gegen Lemke aus, weil er ihn mit einem Gewehr im Mund bedroht hatte. Darüber hinaus plauderte er „Interna“ aus den Neonazikreisen aus, weshalb Lemke davon ausgeht, daß er ein „Spitzel“ des Verfassungsschutzes sei. Kemming wurde aber wohl durch das Verhalten Lemkes und vom Umgangston in der braunen Szene nachhaltig „abgeschreckt“. Lemkes Rachefeldzug gegen Kemming nach seiner Haftentlassung führt abermals zu einer Anzeige, weswegen Lemke nach Fernbleiben bei einem Gerichtstermin im April 1995 auch per

Haftbefehl gesucht wird. Für Lemke ist Martin Kemming der Inbegriff des „Verräters“.

#### **Die Gutachten und die Täter**

In einem Fall, wo praktisch nur die Aussagen der Täter Auskunft über den Tathergang geben kann, spielen die Gutachter gewöhnlich eine außerordentlich wichtige Rolle.

Die Obduktion der Leiche von Dagmar Kohlmann ergab, daß sie an den Folgen des Würgens verstarb. Lemke schlug zwar noch mit dem Klappspaten nach, da war der Tod der jungen Frau allerdings schon eingeleitet. Die Strafzumessung für Bianca Weidemann, die zusammen mit Thomas Lemke an einem Seil gezogen hatte, berücksichtigte diesen Umstand.

Völlig unberücksichtigt blieb die Untersuchung des Landeskriminalamtes durch eine Biologin im Fall Patricia Wright. Die Biologin trug vor, daß Blutspuren im Badezimmer des Opfers gefunden wurden, die mit 99,9999928 %iger Wahrscheinlichkeit von Marcel Müthing stammen. Niemand im Gerichtssaal gab sich Mühe zu klären, wie das Blut Müthings dahin gekommen war.

Die wichtigsten Gutachten im Prozeß waren allerdings die psychologischen Untersuchungen, die weitgehend - speziell im Fall Lemke - das Strafmaß bestimmten. Diese Gutachten waren sehr fundiert. Sie entschädigten halbwegs auch für die absolut unzureichende Aufklärung der tatsächlichen Vorgänge bei den Morden und den Hintergründen.

*Gutachten Thomas Lemke*

Beide Gutachter beurteilen Thomas Lemke übereinstimmend als Person, von der eine „Gefahr für die Allgemeinheit“ ausgeht. Seine niedrige Hemmschwelle zum Töten und seine

# SONNENBLUME

## NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

**SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF**  
**45657 RECKLINGHAUSEN**  
**TEL.: 02361/13927**

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte  
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei  
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte  
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel  
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9<sup>00</sup> - 13<sup>00</sup> u. 15<sup>00</sup> - 18<sup>00</sup> Uhr  
 Sa. 9<sup>00</sup> - 13<sup>00</sup> Uhr

Unfähigkeit Mitgefühl für seine Opfer aufzubringen zeigen auf, daß er erhebliche Defizite aufweise mit Mitmenschen umzugehen. Seine Aggressivität und sein Mißtrauen anderen Menschen gegenüber, machen ihn schon in früher Kindheit zum Einzelgänger, für den nur seine eigenen Regeln gelten.

Dabei sei Thomas Lemke hoch intelligent. (Sein Intelligenz-Quotient wird mit 107 angegeben, wobei er offensichtlich noch mehr zu bieten habe, hätte er Fragen nicht ideologisch beantwortet!) Zur Rationalisierung seines Außenseiterdaseins schließt er sich der Neonaziszene an. Er versieht sich damit mit einem „positiven“ Grund: Nun kann er behaupten, daß er „ausgegrenzt“ sei, weil er Nazi ist und nicht weil er sich von anderen Menschen durch sein eigenes Verhalten isoliert. Die Zugehörigkeit zu den Neonazis liefert ihm damit die Rechtfertigung seine Größenphantasien, seine Aggressivität und Menschenverachtung „auszuleben“.

Die Marcel Müthing untersucht haben, sehen in ihm einen „typischen Untergebenen, der gern im Kielwasser anderer mit-schwimme.“ Überbehütet und -umsorgt wächst Müthing in seinem Elternhaus auf. In seinem 3. Lebensjahr hat Müthing seine 1. Herzoperation und trägt inzwischen einen Herzschrittmacher. Müthing ist außerdem Bluter, der bei der geringsten Verletzung den Arzt aufsuchen muß.

Er ist gutmütig, naiv und hat nicht den „Durchblick“ (IQ 90), er verläßt sich bei Entscheidungen gern auf andere. Seine Zugehörigkeit zu Neonaziszene dient ihm zur Abgrenzung zum Elternhaus und wäre auch dort als „Mitläufer in einer rechten Subkultur“ einzuschätzen, hätte da eine eher randständige Position.

Durch seine körperlichen Schwächen entwickelt Müthing insgesamt ein Minderwertigkeitsgefühl. Er ist seelisch kaum belastbar und hat einen hysterischen Touch. Die Gutachter

beschreiben ihn auch als Hypochonder und er leide unter einem Bündel von psychosomatischen Beschwerden. Bei seiner Beteiligung an der Ermordung von Patricia Wright zeige sich, daß er nicht aktiv teilgenommen, es aber auch unterlassen habe, die Tat zu verhindern. Bei Lemke habe er die Führerpersönlichkeit anerkannt, allerdings nur bis es zur Tat kam.

Die Naziideologie gibt Lemke den „Ort“, wo er sich aufgehoben fühlt und nicht über sich selbst nachdenken muß. Sie verhindert damit allerdings auch eine Chance, daß er aktiv in einer Therapie seine psychischen Probleme angehen kann. Auch deshalb sagen beide Gutachter, daß Lemke nicht „therapierbar“ sei.

*Gutachten Marcel Müthing*

Die Psychologen,

beschreiben ihn auch als Hypochonder und er leide unter einem Bündel von psychosomatischen Beschwerden.

Bei seiner Beteiligung an der Ermordung von Patricia Wright zeige sich, daß er nicht aktiv teilgenommen, es aber auch unterlassen habe, die Tat zu verhindern. Bei Lemke habe er die Führerpersönlichkeit anerkannt, allerdings nur bis es zur Tat kam.

*Gutachten Bianka Weidemann*

Die doppelte Abhängigkeit Bianka Weidemanns von Thomas Lemke war der Grundtenor des Gutachtens. Einerseits war Lemke ihr „Traummann“, der ihr die Erfüllung brachte und um dessen Verlust sie fürchtete. Andererseits sei er derjenige, vor dem sie „existentielle Ängste“ empfand. Ihre Beteiligung an der Ermordung Dagmar Kohlmanns war demnach eine Folge der existentiellen Bedrohung durch Lemke, dessen Brutalität sie oft genug zu spüren bekommen hatte. Sie litt unter der Tat, unternahm mehrere Selbstmordversuche.

Bianka Weidemann ordnet sich selbst politisch „neutral“ ein, die offensichtlich rechte Einstellung Lemkes habe sie toleriert. (Ungeklärt bleibt dabei, weshalb sie in vermutlich „rechten Blättchen“ Kontaktanzeigen, die Lemke 1993 im Gefängnis erreichten, aufgab.) Die Kameradschaftsabend empfand sie als Treffen von Gleichgesinnten.

Der Gutachter beschreibt ihre psychologische Verfassung beim Mord als „psychomotorische Hemmung aufgrund der Paniksituation“. Für sie bestand ein affektiver Ausnahmezustand. Sie selbst entwickle keine spontane Aggressivität.

**Das Gericht und sein Interesse**

An 8 Prozeßtagen lief im Landgericht Essen eine Farce ab. Da standen Täter vor Gericht, die dem rechtsextremistischen Umfeld nahe standen und gemeinsam drei Menschen den Tod gebracht hatten. Viele notwendige Informationen, die Licht in die Motivation der Täter gebracht hätte, die Hintergründe für die möglicherweise doch *politische Absicht* der Taten hätten zeigen können, wurden nicht abgefragt. Schlimmer noch! Das Interesse ging nicht einmal dahin, den Sachverhalt lückenlos zu klären. Bei dem Fall Wright zeigt sich z.B. eine zeitliche Lücke. Nach Angaben Müthings seien er und Lemke bereits um 10:15 Uhr in Bergisch-Gladbach gewesen und direkt zur Wohnung von Patricia Wright gefahren. Nach Aussage der Freundin habe sie noch um 12:00 Uhr mit ihr telefoniert. Patricia W. starb vermutlich zwischen 13:30 und 14:30 Uhr, so der Gerichtsmediziner. Wo waren Lemke und Müthing in der Zwischenzeit? Nicht nur bei diesem Beispiel drängt sich die Frage auf, warum das Gericht da nicht nachgehakt hat. Gibt es Gründe, weshalb man bestimmte Einzelheiten gar nicht wissen wollte?

... an „Nichts“ - Oder?

Da spielt es fast schon keine Rolle mehr, wenn die Staatsanwaltschaft behauptet, daß die diversen Waffenschiebereien, die Lemke bereitwillig zugab, wenn überhaupt, dann in ein anderes Verfahren gehören würden.

Man gab sich selbstverständlich auch keine Mühe zu klären, welche Rolle denn nun der Verfassungsschutz gespielt hatte, der, vom Bundesinnenminister zugegeben, am 4. März 1996 Lemke mindestens für eine ¾ Stunde observiert hatte.

### Lemke, Verfassungsschutz und Ehefrau

Die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke stellte im letzten Jahr im Zusammenhang mit dem Neonazi-Mörder Thomas Lemke eine „Kleine Anfrage“ im Bundestag. Die Antwort des Bundesinnenministers fiel zunächst sehr spärlich aus. „Es ist ständige Übung der Bundesregierung zu laufenden Ermittlungsverfahren nicht Stellung zu nehmen.“ Eine abermalige Nachfrage brachte dann Ergebnisse, auf die sich selbst Lemke im Prozeß unwidersprochen berufen konnte. „Lemke, dessen Aufenthaltsort dem BfV nicht bekannt war, wurde erstmals am 4. März 1996 bei einer Observation in der rechtsextremistischen Szene für einen Zeitraum von 45 Minuten festgestellt.“ Es war bekannt, daß er per Haftbefehl gesucht wurde. Hätte der Bundesverfassungsschutz (BfV) dort zugegriffen, wäre zumindest Martin Kemming der Tod erspart geblieben. Der Innenminister gibt auch zu, daß Interpol Washington im November 1995, wegen eines versuchten Sprengstoffanschlages auf Lemkes Frau im September, Anfragen an deutsche Behörden gerichtet hatte.

Nicht Gegenstand der Verhandlungen waren auch die verschiedenen Verbindungen zur NSDAP/AO, die auch über Lemkes Frau führten. Den Morden Kohlmann und Kemming gingen Telefonate mit Lemkes Frau voraus. Die Ausklammerung dieses Zusammenhangs gab Lemke Argumentationsspielraum. Nur zaghaft widersprochen steht immer noch im Raum, daß Lemkes Ehefrau den deutschen Behörden schon im Sommer '95 Hinweise auf Lemkes Aufenthaltsort gegeben haben will. (Vgl. Spiegel TV,

RTL, 24.3. und VOX, 25.3.1996) Lemke wohnte nur ein Haus weiter als Lemkes Frau angab, denn Vater Weidemann hatte Lemke rausgeworfen, als er seine Tochter schlug. (Stern, 14/96)

### Der rechtsextreme Hintergrund saß im Publikum

Die offizielle Version, daß die Taten keinen rechtsextremen Hintergrund hätten und Lemkes Bekenntnis kein Nationalsozialist, Faschist oder Skin mehr zu sein, wurden auch durch einen Teil des anwesenden Publikums widerlegt: Skins und Neonazis. Die Anwesenden waren nicht unbedingt an dem Prozeß interessiert, z.T. beschäftigten sie sich mit anderen Dingen als mit Zuhören. An einigen Punkten wurde deutlich, weshalb sie im Saal waren:

Alleiniger Zweck war die Unterstützung von Thomas Lemke. Und die Unterstützung fiel unterschiedlich aus. Beschimpfung und Verächtlichmachung von Zeugen aus dem Publikum, indem z.B. die Haarfarbe der Freundin des getöteten Martin Kemming als „friedhofsblond“ bezeichnet wurde

Der Mann, der seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis Ende 1993 angeblich „vergeblich“ (Staatsanwalt Gutjahr) wieder Fuß in den rechtsextremen Kreisen zu fassen suchte, erfuhr Ermunterung mit „Hey, Thomas!“ und dem Kühnen-Gruß.

Zustimmung erfuhr er im Publikum, wenn er den Rechtsanwalt des Nebenklägers zurechtwies, daß seine Taten nicht mit denen von Rudolf Hess verglichen werden dürften. Ganz und gar unangemessen sei es, in einem Nachruf auf einen toten „Spitzel“ seine Worte „Ich bereue nichts“ auf ihn zu beziehen. „Die Ehre dieses Mannes wird damit in den Schmutz getreten.“

Lauten Beifall erhielt er bei der Urteilsverkündung, als er den Urteilspruch kommentierte: „Somit haben die Juden ihren Willen bekommen.“ Das hatte zwar Konsequenzen für einige der Applaudierenden, aber für Lemke war klar, daß die braune Szene weiter zu ihm steht.

**5. Das Urteil**

Am 18. März 1997 wurde das Urteil über die Angeklagten gesprochen. Lemke erhält die höchste Strafe, die ein deutsches Gericht überhaupt verhängen kann: Lebenslänglich, Behandlung in einer forensischen Psychiatrie und anschließende Sicherheitsverwahrung. Bi-anka Weidemann wurde zu 6 Jahren und Marcel Müthing zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteilsbegründung spiegelt weitgehend das Verfahren wieder. Argumentiert wird mit den bekannten Fakten und mit den vorliegenden psychologischen Gutachten. An keiner Stelle wird problematisiert, was eigentlich im Prozeß hätte geschehen müssen. Viele Sachverhalte bleiben ausgeklammert. Die Unsicherheit, was die Tatbeteiligung der beiden Mitangeklagten Lemkes betrifft, bleibt. Gesellschaftlich wichtig ist der Weg, wie das Gericht zum Urteil gefunden hat. Der Trend, der sich hier gezeigt hat, kann nicht überzeugen. In dieser kurzen Übersicht konnte nur grob aufgezeigt werden, welche Haken bei dem Verfahren geschlagen wurden. Die vielen neu aufgeworfenen Fragen hätten nicht sein müssen. Denn es kann nicht richtig sein, daß fast ausschließlich die Psychogramme der Täter maßgebend für die Urteilsfindung sind.

Es mag sinnvoll sein, einen Prozeß, bei dem die Täter ein

Geständnis abgelegt haben, nicht mit zu vielen Details zu befrachten. Widersprüche in Aussagen sollten aber ausgeräumt werden. Schon gar nicht dürfen Beweismittel völlig unter den Tisch gehen. Wer gibt den Zuhörern der Verhandlung denn nun die Auskunft, wie das Blut Marcel Müthings in das Badezimmer der ermordeten Wright gekommen ist?

Lemkes Kommentar: „Ich gehe in Revision, an der Urteilsbegründung stimmt doch gar nichts!“

**Das Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus**

trifft sich in unregelmäßigen Abständen entweder in der „Grünen Hütte“ - Kirch Str. 28 oder im Vestischen Hof - Ewald Straße 132.

Unsere Treffen werden immer über die Tagespresse angekündigt.

*Eigendruck*

**Aktionsbündnis gegen Neofaschismus:**

**Detlev Beyer-Peters/Hans-Heinrich Holland**

**Kurdistan-Rundbrief**

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage die aktuellste deutschsprachige Publikation

- berichtet
- \* aus Kurdistan
  - \* über die Solidaritätsbewegung
  - \* von den Kurdenkongressen
  - \* Dokumente
  - \* u.v.a.

mindestens 8 Seiten  
26mal im Jahr  
Jahresabonnement 52,- DM  
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:  
GNN-Verlag  
Zülpicher Str.7  
Postfach 260226  
50674 Köln

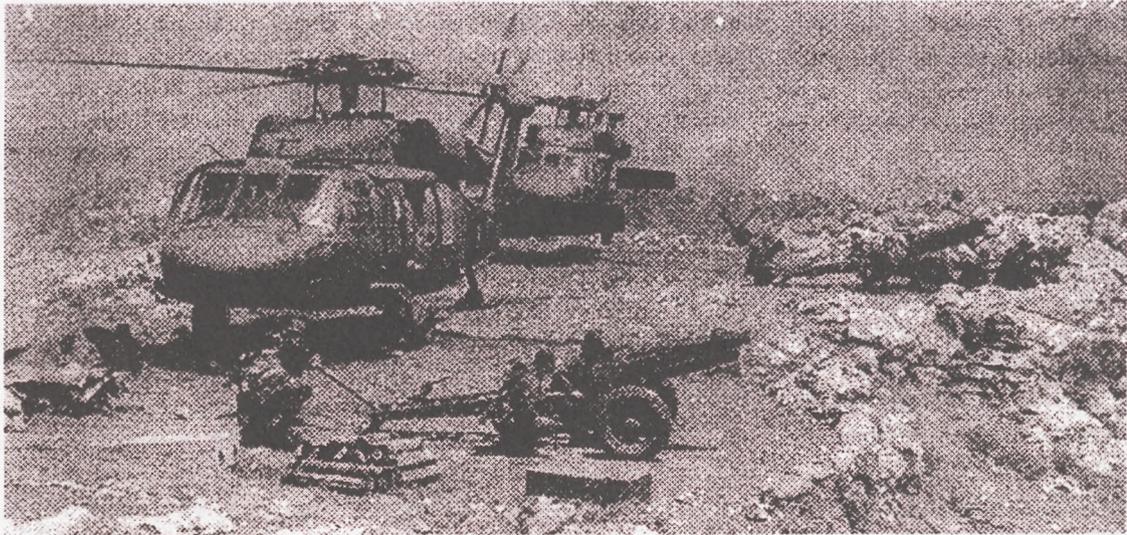
Überweisungen an:  
BfG Köln,  
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00  
oder an  
Postgiroamt Köln,  
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

**Hiermit abonniere ich ..... Exemplare des Kurdistan-Rundbrief**

.....  
.....  
.....

Ausschneiden u. schicken an:  
GNN-Verlag,  
Zülpicher Str.7,  
50674 Köln

## Die Hintergründe der Militärintervention in Nordirak



Das türkische Militär richtet sich im Nordirak auf eine dauerhafte Präsenz ein - mit der Billigung und Unterstützung der europäischen Großmächte und der USA

Seit dem 14. Mai ist die türkische Armee mit 50.000 Soldaten, Kampfflugzeugen, schwerer Artillerie und 250 Panzern in den Nordirak (Südkurdistan) eingefallen, um "letzte Widerstandsnester der Separatisten" auszuräumen; die offiziell gemeldeten Erfolge übertreffen alles bisher Dagewesene: So will man bereits binnen der ersten Woche über 1000 "Terroristen" getötet haben, nach knapp 3 Wochen sogar 2500.

Die AntifaZ hat im Laufe der letzten Jahre wiederholt von militärischen Operationen der türkischen Armee in Südkurdistan (Nordirak) berichtet. In der Regel handelte es sich dabei um vergleichsweise kurzzeitige Unternehmungen, um mal wieder Stärke zu zeigen. Diesmal ist es anders. Diesmal ist das Ziel die radikale Ausrottung der von der PKK ausgehenden Guerilla. Und die Voraussetzungen dafür sind besser als je zuvor. Die langwierigen Bemühungen der USA darum, die Klüngel um Barzani und Talabani gegen die PKK zu vereinigen und deren gleichzeitige Zusammenarbeit mit den türkischen

Militärs zu bewirken, sind von Erfolg gekrönt.

Auch in den kurdischen Provinzen der Türkei ist das Militär kräftig verstärkt worden. Trotz Verbrennens der Wälder in Dersim vor zwei Jahren sah sich das türkische Militär zu Beginn dieses Jahres erneut veranlaßt, dort mit 8 Brigaden (= 80.000 Soldaten) eine "Offensive" zu starten, angeblich um 400 bis 500 Guerillakämpfer, die sich dort verschanzt haben sollen, "unschädlich" zu machen. Auch hier wurden die Operationen mit schwerer Artillerie, Panzern, Kampfhubschraubern und Flugzeugen unterstützt.

Selbst den toten Guerillakämpfern werden demonstrativ noch Ohren, Beine und Geschlechtsteile abgeschnitten und die Leichen so, zugedeckt mit Steinen, einfach in der Landschaft liegen gelassen, um sie später - stark verwest - Familienangehörigen, die man dorthin schleppt, zwecks Identifizierung zu zeigen. Nur ein Leichnam konnte noch identifiziert werden. Die in der Tageszeitung EMEK vom 07.05.97 veröffentlichten Fotos aus der Provinz Batman sind ein grauenvoller Beleg dafür.

Der Kommandant der Gendarmerie für Batman, Hakkı Musaoglu, dazu befragt, erklärte die veröffentlichten Fotos für von Feinden der Türkei verbreitete Lügen; Leichen, die derart verstümmelt seien, würden doch niemals Familienangehörigen gezeigt, das sei einfach unglaublich; wer Leichen so zurichte, lasse sie höchstens mal auf der Straße liegen; er drohte den Fotografen und Berichterstattern offen und unverblümt Vergeltungsmaßnahmen an. Wie zum Hohn lagen kurz darauf zahlreiche weitere verstümmelte Leichen in der Gegend herum.

Die PKK ist mit ihren Anstrengungen, einen Frieden herbeizuführen, ganz offenkundig gescheitert. Die Ansprechpartner dafür waren die imperialistischen Mächte, und denen paßt das halt nicht ins Konzept. Leute wie Heinrich Lummer mögen Leute wie Abdullah Öcalan, der - wie Günter Wallraf zutreffend feststellt - sich wiederholt mit Jesus von Nazareth verglichen hat, als Verhandlungspartner zwar begrüßen, aber den Imperialisten kann die Klientel dieser Partei, die arme kurdische Landbevölkerung, nicht zusagen, da man ja deren Territorium für eigene Profit- und

Machtbestrebungen haben will, ohne all diese Menschen entschädigen zu müssen. Und solange ihnen da nicht die Zähne gezeigt werden, geht es für sie nur um eine Aufräumarbeit, d.h. um die Beseitigung der ihnen hier ebenso lästigen Bewohner dieser Gebiete, wie etwa die Urbevölkerung ihnen in Mexiko nur lästig ist und aus ihrer Logik heraus einfach "entsorgt", auf den Müll gekippt werden muß. Diese Drecksarbeit leistet für die Imperialisten in Kurdistan die türkische Armee, die unter ihrer Ägide eine eigene Regionalmacht bilden möchte, und da dies den Imperialisten ins Konzept paßt, ist die von ihnen gesteuerte Weltmedienlandschaft auch nicht daran interessiert, in diesem Dreck herumzustochern.

Daß man sie als Müll ansieht, zeigt sich schon an solchen "Kleinigkeiten" wie der, daß der Ausnahmezustandsgebietsgouverneur den durch den Flüchtlingszustrom vom Lande binnen nicht einmal fünf Jahren von rund 250.000 auf heute über zwei Millionen angewachsenen, großenteils auf Zeltplätzen kampierenden Einwohnern von Diyarbakir das Aufstellen von Mülltonnen verweigert und diese offenbar in ihrem eigenen Müll ersticken sollen, angeblich aus Sicherheitsgründen. Es könnten ja Sprengkörper dahinein versteckt werden.

In Sachen Vernebelung haben sich die von den US-Nachrichtengeneratoren gelenkten Medien der westlichen Welt seit dem Golfkrieg gegen den Irak tüchtig weiterentwickelt und mögliche Störfaktoren weitgehend neutralisiert oder ausgeräumt. Dabei hat die kurdische Seite mit ihren gegen alle "bessere" Erfahrung verbreiteten Illusionen und falschen Perspektiven mehr oder weniger absichtslos mitgewirkt, weil mit einer auf diese Weise miterzeugten verfrühten Entwarnung bei zahlreichen Reportern auch das berufliche Interesse an der "kurdischen Frage" eingeschlafert worden ist. (Wenn es von einer Sache scheinbar nichts Sensationelles mehr zu berichten gibt und damit die Nachfrage des Publikums sinkt, läßt beinahe schon zwangsläufig

auch die von gewinnorientierten Medien finanzierte journalistische Neugier nach, zumal parallel dazu der Flüchtlingsstrom in die Schengenstaaten gedrosselt wird und damit auch die Konfrontation mit der direkten Nachricht durch Betroffene entfällt.)

Der kürzlich mit Freiheitsstrafen von bis zu 15 Jahren beendete "Flaggenprozeß" hat wieder einmal deutlich gezeigt, woher der Wind bläst. Des Separatismus angeklagt war fast der gesamte Vorstand der bis zur letzten Wahl noch im Parlament vertretenen kurdischen Partei HADEP, weil er zugelassen hatte, daß auf einem Parteitag der HADEP die zuvor aufgehängten Fahnen der Republik Türkei entfernt und durch Fahnen in den kurdischen Farben sowie Abbildungen von Öcalan ersetzt worden waren. Nicht angeklagt war ein Vorstandsmitglied, das damals aus Protest den Saal verlassen hatte. Diejenigen, die den Flaggentausch vorgenommen hatten und dabei von einer Fernsehkamera gefilmt worden waren, waren wenig später auf der Rückfahrt von dem Parteitag nach Hause in ihrem Auto auf offener Straße erschossen worden. (Seit dem faktisch ins Leere gelaufenen Verbot der Emek Partisi werden Parteien in der Türkei nicht mehr verboten, sondern deren Vorstände angeklagt und stellvertretend für die Politik der Partei ins Gefängnis gesteckt. Da HADEP im Westen der Türkei kaum eine Massenbasis hat und der Flaggentausch diese nicht gerade verstärkt hat, gelingt das in ihrem Fall vergleichsweise leicht. So gesehen, handelte es sich um ein "Eigentor".)

Zwar hatte bei den Parlamentswahlen HADEP in dem Teil der kurdischen Provinzen, wo gewählt werden konnte, mehr Stimmen als jede andere Partei erhalten, ins Parlament eingerückt jedoch war sie nicht, da das - auf alle türkischen Provinzen umgerechnet - keine 10 % waren, sondern die kurdischen Vertreter der Refah Partisi, die die zweitmeisten Stimmen dort erhalten hatten, eine Tatsache, die erheblich dazu beigetragen hatte, daß

sie aus diesen Wahlen als stärkste Fraktion hervorgegangen war und ihr Vorsitzender, Necmettin Erbakan, schließlich Ministerpräsident geworden war. Illusionen geweckt hat die PKK, wenn sie die Refah Partisi als eine eigenständige Kraft propagiert hat, was diese nicht ist, auch wenn dieser oder jener Refah-Politiker heute als Parteigänger der PKK im Gefängnis sitzt, weil er laut darüber nachgedacht hat, den Krieg zu beenden. Der jetzt abgetretene Regierungschef Erbakan schlug jedenfalls, nachdem er schon vorher in für die Glaubwürdigkeit seiner Partei wesentlichen Punkten wiederholt vor dem Nationalen Sicherheitsrat zu Kreuze gekrochen war, als seine Nachfolgerin ausgerechnet die auch von seiner Partei wegen ihrer Korruptheit immer wieder mal befehdete Favoritin der Militärs, Tansu Ciller vor, von der bekannt ist, daß sie den Krieg auf jeden Fall bis zu einer Endlösung der Kurdenfrage fortsetzen will. Von Staatspräsident Demirel mit der Regierungsneubildung betraut wurde indes der ANAP-Chef Mezzut Yilmaz; bei der Kampagne für einen "sauberen Staat", mit der versucht worden war, die Auswirkungen des im Zusammenhang mit dem Unfall von Susurluk sichtbar gewordenen Skandals zu einzudämmen, hatte dieser Intimgegner von Ciller mitgeblasen. Auf den Krieg gegen das kurdische Volk hat das keinen Einfluß, zumal Yilmaz, ein ehemaliger Grauer Wolf, der in Deutschland studiert hat, ohne Parlamentarier aus dem Lager der bisherigen Koalition - konkret: aus der Ciller-Partei - keine Regierung bilden kann.

Der Glaube, der Feind des eigenen Feindes müsse ein Freund sein, ist trügerisch; das soll kein Vorwurf sein, jemandem, dem das Wasser bis zum Halse steht, kann man die untauglichen Bewegungen, die er macht, um sich zu retten, nicht vorwerfen, aber die Untauglichkeit solcher Bewegungen muß dennoch konstatiert werden.

KD

## Unter Feuer

### Internationale Interessengegensätze zerstören Afghanistan

"Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat mehr zum Scheitern Afghanistans beigetragen als die Afghanen selbst." So der sarkastische Kommentar von Dr. Amin Farhang Ende Mai in einem Referat im evangelischen Thomaszentrum in Bochum. Der Sieg der militärisch hoch gerüsteten Taliban (= Schüler <des Koran>) in den hauptsächlichlichen Provinzen des Landes rückte den zentralasiatischen Staat der feudalen Stammesfürsten und wilden Warlords wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Als Folge der schon seit dem Einmarsch der Sowjets 1979 schwelenden kriegerischen Auseinandersetzungen im Bergland ruht auch die bis 1962 zurückreichende Partnerschaft der Universität Kabul mit den Universitäten Köln, Bonn und Bochum. Diese Partnerschaft hatte sich auf den Aufbau der Kabuler Wirtschaftsfakultät konzentriert. Das entwicklungspolitische Institut der Ruhr-Universität hat auch Interesse an Transformationsprozessen in den zentralasiatischen Systemen von Recht, Wirtschaft und Politik. Vor der neuartigen Invasion der "Gotteskrieger" seit September 1994 und ihrer Besetzung des größten Teils des Landes - außer einigen widerspenstigen Provinzen im Norden - besaßen, so Farhang, die afghanischen Taliban "nie Geld und waren wenig."

Für Amin Farhang, selbst gemeinsam mit dem kürzlich verstorbenen Professor Sharif Sharaf früher am Bochumer Universitätsinstitut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik beim Aufbau einer Arbeitsgemeinschaft zur Durchführung der Partnerschaft mit der Universität Kabul tätig, ist es kein Geheimnis, welche Interessengruppen sich Afghanistan auf ihre Weise unterwarfen:

Die USA - wenn es um Afghanistans schiitischen Nachbarn Iran und verschleierte Frauen geht, mit Lippenbekenntnissen von Humanität, Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung immer in der ersten Reihe - unterstützen die religiös-fundamentalistischen sunnitischen Korankrieger und wollen damit den verhaßten Iran politisch destabilisieren.

Pakistan und Turkmenistan, den angrenzenden Turkrepubliken voran,

bauen an der Erdgas-Pipeline durch Taliban- und Drogengebiet bis hin zum Indischen Ozean. Das Protokoll dazu wurde längst unterzeichnet, im Herbst soll mit den Arbeiten begonnen werden. Dann soll mit drei Milliarden US-Dollar sowie den Ölkonzernen Unocal (USA), Delta Oil (Saudi-Arabien) und Bidas (Argentinien) turkmenisches Erdgas bis zum Indischen Ozean befördert werden.

Der geheime Plan pakistanischer und amerikanischer Geheimdienste scheint sich einem schnellen, erfolgreichen Ende zuzuneigen. Die "Krieger des Koran" "befrieden" das Land und stabilisieren es durch eine Zentralregierung, der Drogenanbau wird beendet, die USA und die Nachbarn Pakistan und Indien erhalten wertvolle Rohstoffe. Amin Farhang: "Die Amerikaner entwickelten den Plan, die Saudis geben das Geld, und die Pakistaner führen ihn durch."

Neben dem wirtschaftlichen der religiöse Aspekt: Auch islamische Sekten - iranische Schiiten (Anhänger Alis) und wahabbitische Araber (streng asketisch ausgerichtet) - nutzen den Kriegsschauplatz, um im Religiösen die Oberhand zu erringen. In Afghanistan lebten bislang Sunniten (stärkste Gruppe im Islam, orthodox) und Schiiten, auch Hindus und Juden miteinander. "Die afghanischen Schiiten haben sich ihre Identität bewahrt", erklärt Amin Farhang. "Die Entwicklung eines Wahabbitismus in Afghanistan ist unnatürlich." Durch den Export spezifischer national beeinflusster Interpretationen des Islam versprechen sich die Saudis hohe Gewinne in den neuen Turkrepubliken Turkmenistan und Usbekistan sowie in Tadschikistan.

Amin Farhang zufolge sind "die Taliban verschiedenen Volksgruppen zugehörig (...), und die jetzt in Afghanistan an der Macht sitzenden Taliban kommen aus Pakistan und zeigen damit deutlich die von außen kommenden politischen Einflüsse."

Daß mit ihnen Ruhe und Frieden ins Land einzieht, können sich nur die wenigsten Exilierten vorstellen. Als einzige Zukunftsperspektive erklärte der Referent, der mit Kritik an den eigenen Landsleuten nicht sparte: "Das Volk muß seine Politik selbst bestimmen.

Die verschiedenen Völker wie Paschtunen, Usbeken, Tadschiken oder Hazara (= Chasaren) müssen ihre alten Rivalitäten endlich beenden und sich mit der Identität eines afghanischen Volkes zusammensetzen. Ihr Haus aufräumen müssen die Afghanen schon selbst". Aus der Zeit der ersten einsetzenden Exilbewegung afghanischer Wissenschaftler stammen - für manche noch unbekannt - die Anfänge einer im gesamten Bundesgebiet seltenen Sammlung länderspezifischer Literatur mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Einmalige Werke wie das in der Dari-Sprache abgefaßte Buch "Ursachen der wirtschaftlichen Krise in Afghanistan und ihre Lösung" von Majid Saboli sowie eine namhafte Auswahl seltener Schriften "grauer Literatur" wie Newsletters oder Flugblätter mit zeitlichem Schwerpunkt nach 1945 stehen verschlossen und abgeschirmt vom übrigen Institutsbestand in fünf unscheinbaren "Giftschränken" der Bochumer Unibibliothek des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik. Seit der Invalision durch die ehemalige UdSSR kam eine umfangreiche Zeitungsausschnittsammlung hinzu. Der Inhalt der Schänke ist jedoch nicht so hochexplosiv wie heißbegehrt. Einmal verschwanden bei einer "Recherche" sechs wichtige Bücher aus dem Bestand. Von da an verschloß der jetzige Bibliotheksbeauftragte, Dr. Wilhelm Löwenstein, endgültig den offenen Zugriff aufs Archiv, das durch Tausch, Kauf oder auch Geschenke von Privatpersonen entstand und erweitert wurde. "Hauptsächlich wird das Archiv von Interessierten aus Bereichen wie Wirtschafts- und Islamwissenschaften, Soziologie, Politik und Ethnologie benutzt", erklärte Löwenstein, "ForscherInnen kommen aus den USA oder auch der Schweiz, wenn sie dort nicht fündig wurden." Im Schweizer Liestal befindet sich parallel die umfangreiche Stiftung Bibliotheca Afghanica, die sich thematisch mit dem deutschen Afghanistan-Archiv ergänzt und das gesamte Material der Hindukusch-Expedition von 1935 beherbergt.

TAS

## Brandanschlag auf Asylheim in Recklinghausen

In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni 1997 verübten Neofaschisten einen Brandanschlag auf das Recklinghäuser Asylbewerberheim an der Halterner Straße - im Volksmund "Eier Franz" gerufen.

Nur durch großen Zufall und die Dummheit der Nazis (sie verwendeten eine mit Benzin gefüllte Cola-Plastikflasche) kam es nicht zu einer Katastrophe in dem von 80 AsylbewerberInnen bewohnten Heim.

Die in der Nähe des Hauses befindlichen Müll-Container waren mit Hakenkreuzen und SS-Runen besprüht.

Trotz dieser eindeutigen Hinweise ließ der Recklinghäuser Staatsschutz verlauten, es könne sich bei der Tat "sowohl um einen fremdenfeindlichen Anschlag als auch einen Streit innerhalb des Hauses" handeln - Lübeck läßt grüßen!

Selbst als die Polizei wenige Tage später zwei 18jährige Auszubildende festnimmt, von denen der eine umgehend ein Geständnis ablegt, wiegelt Peter Kozik vom Recklinghäuser Staatsschutz ab: "Nach derzeitigen Einschätzungen dürfte die Motivlage im Bereich der Fremdenfeindlichkeit liegen. Beide gehören keiner rechtsextremistisch strukturierten Gruppierung an."

Wir können uns schon denken, woher Kozik das weiß. Vermutlich hat er die Beschuldigten



Schmierereien in Nähe des Asylbewerberheimes „Eier Franz“ (links) weisen auf fremdenfeindliche Motive hin. waz-Bild: Raffalski

einfach gefragt - und sie haben mit "Nein" geantwortet.

Die Festnahme der beiden ist ebenfalls nicht auf die fleißige Arbeit des Staatsschutzes zurückzuführen, sondern auf gezielte Hinweise aus der Bevölkerung.

Eins ist schon seltsam: Nach zwei großen Razzien im Kreis Recklinghausen, die die Recklinghäuser Polizei durchführte, weil sie angeblich Hinweise auf einen geplanten Brandanschlag hatte, nach weiteren Hausdurchsuchungen, bei denen u.a. an eben dem 20. Juni ("Führers Geburtstag") eine "private Geburtstagsfeier" von Kameradschaftsmitgliedern in Recklinghausen aufgelöst worden war, nach Hausdurchsuchungen in Gelsenkirchen und Dortmund (bei der u.a. Melanie "Gismo" Dittmer und SS - Siggi Borchardt vorläufig festgenommen worden waren, unter dem Verdacht der "Vorbereitung eines Verbrechens"), nachdem der Staatsschutz angeblich klare Hinweise hatte, dass die Drohung gegen das DKP-Pfingstjugendlager auf dem Gelände der Jugendherberge Haltern von

Melanie Dittmer aus gesteuert gewesen sei (uns lag allerdings nur *ein* Hinweis vor, nämlich die verbale Drohung durch das, inzwischen eingestellte, NIT Rheinland), nach all diesen Vorfällen hat der Staatsschutz schon einen Tag nach der Festnahme 'herausgefunden', dass die Festgenommenen "keiner rechtsextremistisch strukturierten Gruppe" angehören.

Oder haben wir nicht genau genug hingehört? Vielleicht meint der Staatsschutz auch mal wieder, die faschistischen Kameradschaften seien ja eigentlich keine Nazi-Organisationen, sondern eine eher diffus rechte Jugendszene, für deren Betreuung durch die Stadt zu wenig getan wird (z.B. Einrichtung eines nationalen Jugendzentrums oder so). Na wie auch immer, zumindest das Datum des Anschlages (20. April) hätte doch etwas nachdenklich stimmen dürfen, oder?

AFB Recklinghausen

## JN - AUFMARSCH IN DORSTEN VERBOTEN

**Dorsten, 28.6.1997**

Für Samstag, den 28.6.1997, hatte der Landesverband NRW der Jungen Nationaldemokraten (JN) eine Demonstration in Dorsten angemeldet.

*"Ruhrkampftag - Kohle und Stahl nur mit uns ! Jetzt Widerstand leisten gegen die soziale Verelendung des deutschen Volkes! "* - so lauteten einige Zeilen des Kauderwelsches, das der NPD-Parteivorstand als Aufruf verbreitete.

NPD und JN setzen voll auf soziale Demagogie, nationalistisch gewendet gegen alles "Nicht-Deutsche".

Der Aufmarsch wurde von der Recklinghäuser Polizeipräsidentin verboten. Sie begründete ihr Verbot mit der Rolle der JN: Sie ist zu einem "Auffangbecken" für Mitglieder verbotener neofaschistischer Organisationen geworden, die inzwischen den Ton angeben.

*"Die mit diesem Personenkreis gemachten Erfahrungen zeigen, dass es bei Versammlungen zur Verwirklichung einer Vielzahl von Straftatbeständen gekommen ist. (...)",* heißt es in einem Schreiben der Polizeipräsidentin.

Die Veranstalter hatten zwar angekündigt, alle Rechtsmittel auszuschöpfen. Das "Dortmunder Info-Telefon" sagte den Aufmarsch am Tag vorher jedoch ziemlich kleinlaut ab.

In Dorsten marschierte am Samstag lediglich die Polizei auf, dies allerdings mit beträchtlichem Aufwand, Zufahrtstraßen zur Innenstadt waren gesperrt, massive Personenkontrollen wurden durchgeführt, und ein Teil der anwesenden ca. 150 AntifaschistInnen wurde zeitweilig eingekesselt und am

Verteilen eines Flugblattes gehindert.

Wenn schon Polizeiaufmarsch, dann aber auch gegen die Antifa, war wohl die interne Vorgabe der Polizeipräsidentin.

Einzelne JNler wurden gesichtet, die aber zu keiner Aktion kamen.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Neofaschisten im Aufwind wähnen. Sie fühlen sich ermutigt, nicht zuletzt durch eine rassistische, immer brutalere Ausländer- und Asylpolitik des Bundesinnenministeriums. Und sie wollen provozieren.

Einmal mehr zeigte sich auch, dass die kreisweite Vernetzung der Antifa-Initiativen im Kreis Recklinghausen weiter vorankommen muß.

Auf dem letzten Treffen der kreisweiten Antifa-Koordination wurde immerhin für Mitte Oktober eine antifaschistische Aktionswoche geplant, aber die alltägliche Koordination antifaschistischer Arbeit im Kreis läßt doch zu wünschen übrig.

**(Infos aus: Lokalberichte Essen v. 14. Juli 1997)**

### Ferhat Yüksel aus der Abschiebehaft entlassen !

**Recklinghausen, 30.4.1997**

Ferhats Asylbegehren war Ende letzten Jahres abgelehnt worden.

Am 5. Februar 1997 stellte er erneut einen Asylantrag. Zwei Tage, nachdem er beim Bundesamt in Dortmund den Antrag gestellt hatte, wurde Ferhat, als er das Ausländeramt in Recklinghausen aufsuchte, unter dem Vorwand des illegalen Aufenthalts in Deutschland dem Amtsgericht in Recklinghausen vorgeführt und dann in das Ab-

schiebegefängnis in Büren geschafft.

Die Bemühungen verschiedener demokratischer Organisationen und seines Anwalts nutzten nichts: Wegen seines "illegalen Aufenthalts" in Deutschland wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Im Gefängnis sah sich Ferhat enormem psychischen Druck ausgesetzt: So wurde ihm zum Beispiel gesagt, er werde abgeschoben. Man teilte ihm sogar das Datum des Fluges mit.

Nach fast dreimonatiger Haft wurde Ferhat am 29.4.1997 auf freien Fuß gesetzt.

Nach seiner Haftentlassung erklärte Ferhat:

*"Hätte man mich in mein Heimatland abgeschoben, wäre ich bestimmt getötet worden. Ich habe hier Asyl beantragt, weil ich aufgrund politischer Aktivität dort keine Chance habe zu leben. Augenblicklich erleidet meine Familie Unterdrückung und Torturen durch Militärpolizei und Anti-Guerilla-Spezialkräfte - meinewegen.*

*Auch mein Bruder wurde 1994 eine lange Zeit auf Betreiben des Staatssicherheitsgerichtes wegen politischer Aktivitäten in Haft genommen. So würde ich am Tag meiner Rückkehr das in der Türkei Alltägliche zu gewärtigen haben: Tod ohne Gerichtsverfahren, Verschwinden in der Haft, Tod unter der Folter.*

*Aber die Gefahr ist für mich noch lange nicht gebannt; der Ausgang meines neuerlichen Asylverfahrens ist ungewiß, und so lebe ich weiter mit der Angst, abgeschoben zu werden.*

*Die deutschen Gerichte weisen Asylbegehren mit der Begründung zurück, es gebe im Westen der Türkei die Möglichkeit, ohne Angst zu leben. Man braucht sich nur die vergangenen*

*Monate in Istanbul anzuschauen, das ja zu den sicheren Gebieten gerechnet wird, um zu sehen, inwieweit Leib und Leben dort sicher sind: Fernsehen und Presse haben gezeigt, wie am letzten 1. Mai Polizei und Militär die TeilnehmerInnen an den Demonstrationen angegriffen haben, wie jüngst noch, wiederum in Istanbul, ein Revolutionär, der verdächtigt wurde, einer verbotenen Organisation anzugehören, in einem von der Polizei umstellten Haus durch Bomben und Schüsse umgebracht wurde.*

*Die ganze Welt ist Zeuge, wie die Türkei in den kurdischen Gebieten vorgeht, wie sie die demonstrierenden Mütter attackiert, die jeden Samstag gegen das Verschwinden ihrer Kinder protestieren. der faschistische türkische Staat hat ihnen die Kinder genommen.*

*Staatlicherseits bekommen die deutschen Juristen und die befaßten Gerichte verlogene Informationen aus der Türkischen Republik und stützen sich bei ihren Entscheidungen darauf.*

*Überall in der Türkei gibt es Morde, Hinrichtungen ohne Urteil - und niemand ist seines Lebens sicher."*

**Sami Inal**

#### **Feier zum 25. Jahrestag der Gründung der TKP/ML**

##### **Gießen, 19.4.1997**

Um an ihre Gründung vor 25 Jahren und an ihren Gründer, Ibrahim Kaypakkaya, zu erinnern, sollte ursprünglich in Offenbach eine Feier stattfinden.

Vier Tage vor der geplanten Veranstaltung verbot die deutsche Polizei die Feier und legte damit erneut eine undemokratische Haltung an den Tag.

Das Vorbereitungskomitee mietete daraufhin einen Saal in Gießen und umging so die Behinderung.

Die Feier wurde mit dem Einmarsch von Jugendlichen unter roten Fahnen zu den Klängen eines spanischen internationalen Marsches eröffnet. Im Anschluß daran gab es eine Schweigeminute für die gefallenen Kämpfer der Arbeiterklasse, für den Gründer der TKP/ML, Ibrahim Kaypakkaya, den Generalsekretär Süleyman Cihan, für Kazim Celik, für die gefallenen Parteimitglieder, für die Angehörigen unserer Armee und für die gefallenen Teilnehmer an der Todesfasten-Aktion des vergangenen Jahres.

Nach einigen Redebeiträgen traten bekannte Künstler auf - aus der Türkei kamen Enver Celik, Erdal Erzincan und Yavuz Bingöl, aus Deutschland Volkan Yagan.

Es folgte ein längerer Auftritt einer Volkstanzgruppe aus Duisburg.

Während dieser Tänze zogen Jugendliche mit Partei- und Armeefahnen durch den Saal, sie riefen Parolen, die Stimmung war ausgezeichnet.

Zum Schluß der Feier trug die Gruppe Günes, die in der Türkei mit dem Tohum-Kultur-Zentrum zusammenarbeitet, Marschlieder der Partei und andere revolutionäre Marschlieder vor und sorgte damit für einen Höhepunkt der Stimmung an diesem Abend.

An der Veranstaltung nahmen 3300 Personen teil, alle aus Deutschland.

Veranstaltungen zum Gründungsjubiläum und zum Gedenken an Ibrahim Kaypakkaya fanden auch in Basel, Paris, Innsbruck und Rotterdam statt.

Die Veranstaltung in Holland wurde einen Tag vor dem

Termin verboten. Das Vorbereitungskomitee mietete zwar sofort einen anderen Saal an - durch Intervention der Gerichte und der Polizei wurde die Feier jedoch verhindert.

Wir protestieren gegen diese undemokratischen Polizeiaktionen in Holland und Deutschland. Den Kampf unserer Partei, der TKP/ML, kann niemand verhindern, er wird gegen alle Behinderungen fortgesetzt.

**Sami Inal**

#### **MARATHONLAUF VON HAMBURG NACH BRÜSSEL**

*Hamburg, 10.06.1997*

*Eine der zahlreichen Friedensaktionen zur Beendigung des Krieges in Kurdistan war der Marathonlauf von Hamburg nach Brüssel ( 1000 km), den der kurdische Marathonläufer Mustafa TEZSAH, der in Hamburg lebt, am 10.6.1997 organisierte.*

*Die Läufer passierten auch Recklinghausen, dabei wurde folgender Aufruf verteilt:*

"Kurdistan ist ein Land, dessen nationale Frage nicht gelöst ist, in dem die intensivste Form der nationalen Unterdrückung herrscht: Der klassische Kolonialismus. Die Geschichte der Kurden"ist voller Leid, Unterdrückung und Verfolgung. Als eins der ältesten Völker ist das kurdische Volk heute mit einer Bevölkerung von mehr als 30 Mio. Menschen das größte Volk dieser Erde ohne eigenen Staat. Die elementaren Menschenrechte existieren in Kurdistan nicht. Die jahrelange Verleugnung der Kurden in der Türkei und die auf Völkermord ausgerichtete Politik des türkischen Staates dauern an.

Der vom türkischen Staat geführte schmutzige Krieg zielt auf die Vernichtung Kurdistans

und des kurdischen Volkes mit- samt seiner Natur, Wirtschaft und Kultur. Die Entvölkerung und Zerstörung der kurdischen Dörfer ist eine systematisch be- triebene staatliche Politik. Al- lein in den letzten Jahren wur- den über 3000 Dörfer gewalt- sam vom türkischen Staat zer- stört und niedergebrannt.

Aufgrund dieser Vertreibungs- politik sind zwei Mio. Men- schen im eigenen Land zu Flüchtlingen geworden. Die Be- völkerungszahl in den kurdi- schen Städten hat sich verdop- pelt. Die Menschen leben unter unvorstellbaren Bedingungen, ohne jede Bleibe oder die Mög- lichkeit zu arbeiten. Eine weite- re Maßnahme zur Vertreibung der kurdischen Bevölkerung ist das Aushungern von Regionen, indem diese vollkommen um- zingelt werden und Transporte jeglicher Art, d.h. Lebensmittel, Saatgut und Kleidung, verboten und militärisch verhindert werden.

Am stärksten von der Vernich- tungs- und Massakerpolitik des türkischen Staates sind die pro- kurdischen Organisationen, Par- teien, Zeitungen, Menschen- rechtsvereine, Gewerkschaften, Wissenschaftler und Schriftstel- ler betroffen.

Am 14. Mai 1997 hat die türki- sche Armee die Grenze nach Südkurdistan/Nordirak erneut überschritten. Nach ersten offi- ziellen türkischen Angaben be- trägt die Zahl der Soldaten 70 000 Mann, die, unterstützt von 250 Kampf- und Schützen- panzern, schwerer Artillerie und den Bombardements taktischer Kampfflugzeuge, ihren Ein- marsch fortsetzen. Angeblich wurden die Truppen des türki- schen Staates von der KDP un- ter Führung von Mesur Barsani zu Hilfe gerufen. Der Staat bombardiert seit Wochen mit

Flugzeugen, Panzern und schwerer Artillerie fast alle Ge- biete Kurdistans. Dabei werden Ortschaften zerstört, die Land- schaft niedergebrannt. Tausende von Menschen werden vertrieben.

Die Weltöffentlichkeit hüllt sich jedoch angesichts dieser Ent- wicklungen weiterhin in Schweigen.

Vor allem die Bundesrepublik Deutschland als Bündnispartner der Türkei trägt eine besondere Verantwortung bei dieser Völ- kermordpolitik gegen das kurdi- sche Volk.

Statt Waffen an die Türkei zu liefern und somit zum weiteren Blutvergießen in Kurdistan bei- zutragen, sollte die Bundesre- gierung die Türkei zur Aufnahme des politischen Dialogs zur Lösung der kurdischen Frage bewegen.

Wir fordern die Bundesrepublik Deutschland und die EG auf, ih- re politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Türkei von der Einhaltung der Menschenrechte und von der Lösung der Kurden-Frage abhängig zu machen.

Die kurdische Seite hat ihre Be- reitschaft zu einem politischen Dialog für die friedliche Beile- gung des Konfliktes mehrfach angekündigt und ganz konkrete Vorschläge unterbreitet, die die elementaren demokratischen Menschenrechte berücksichtigen.

Wir, in der Bundesrepublik le- bende Kurdinnen und Kurden, verurteilen in aller Schärfe den Einmarsch des türkischen Staa- tes und fordern den sofortigen Rückzug der türkischen Armee aus Südkurdistan."

**Celal Tuc**

### **Die Auslandsverschuldung der Türkei ist gestiegen**

Während die Koalitionsregie- rung Refahyol (DYL/RP) stän- dig von einem ausgeglichenen Haushalt redet, zeigen alle An- zeichen das Gegenteil. Die Aus- landsverschuldung der Türkei beträgt derzeit über 78 Milliar- den Dollar. Die Türkei wird in den nächsten 4 Jahren insgesamt 42 Milliarden USD (= US-Dol- lar)\* an Auslandsschulden zu- rückzahlen. Das bedeutet, daß die Türkei täglich 3,8 Trillionen TL (= Türkische Lire)\* an Aus- landsschulden bezahlen müßte, um das Ziel in 4 Jahren zu erreichen.

Das gleiche gilt auch für die In- landsverschuldung. Falls der Trend so bleibt, wie es jetzt der Fall ist, müßte die Türkei im Jahre 2000 ihren gesamten Haushalt für Zinsen und Til- gung aufwenden. Nach Anga- ben der Zentralbank müßte die Türkei in den nächsten 4 Jahren 32,6 Milliarden USD für die Tilgung und 10,5 Milliarden USD für die Zinsen ihrer Schul- den zurückzahlen.

Das entspricht dem gesamten Haushalt des Jahres 1997 von 42,7 Milliarden USD. Im Jahr 1998 wird die Türkei 9 Milliar- den USD für die Tilgung und 3,3 Milliarden USD (insgesamt 12,3 Milliarden USD) zurück- zahlen, im Jahr 1998 insgesamt 12,6 Milliarden USD, im Jahr 1999 insgesamt 9,6 Milliarden USD und im Jahr 2000 insge- samt 8,12 Milliarden USD. Das Land müßte bis zum Jahr 2001 insgesamt 32,1 Milliarden USD an Auslandsschulden zahlen, auch wenn es bis dahin keine weiteren Darlehen aufnähme.

(aus EMEK 5.5.97)

**KURTULUS : Legal in der Türkei...****...und in Deutschland ?**

**Die sozialistische Wochenzeitung KURTULUS erscheint in der Nachfolge der Tradition eine radikalen Presse. Erstmals publiziert wurde sie im Jahre 1971. Allerdings gab es damals nur drei Ausgaben. Vor dem Militärputsch am 12. September 1980 gab es noch verschiedene andere Zeitungen und Zeitschriften, die in der selben Tradition standen. Kurtulus setzte ihre Arbeit ab 1987 als Yeni Cözüm (Neue Lösung) fort. Vom 15. Juli 1990 an erschien sie 14tägig, ab Juli 1992 wöchentlich unter dem Namen Mücadele (Kampf). Ab dem 28. Januar 1995 erschien die Zeitung als Emperyalizme ve Oligarsiye karsi Kurtulus (Gegen Imperialismus und Oligarchie - Befreiung).**

Als sie erneut verboten wurde, führte sie ihre Tradition unter dem Namen Zafer Youlunda Kurtulus (Befreiung auf dem Weg zum Sieg) fort, bis sie im Juli 1996 wieder verboten wurde. Vom 2. August bis zum 5. Oktober 1996 erschien sie unter dem schlichten Namen Kurtulus und seit dem 12. Oktober letzten Jahres wird sie unter dem Namen Halk icin Kurtulus (Befreiung für das Volk) herausgegeben.

Anmerkung: In der Türkei ist es Praxis, dass das Verbot einer Zeitung nicht die Schließung der Zeitung bedeutet, sondern dass die gleiche Zeitung mit neuem Namen und einem neuen Stab von Verantwortlichen wieder erscheinen kann. Nicht nur Kurtulus, auch andere Zeitungen

mußten und müssen sich mit solchen Maßnahmen der Pressezensur des türkischen Staates entziehen. Die wohl bekanntesten Beispiele dafür sind die Zeitungen Özgür Ülke (Freies Land) alias Özgür Gündem (Freie Tagesordnung) alias Özgür Politika (Freie Politik) alias Demokrasi (Demokratie) ... und Evrensel (Universal), die kurz nach der Ermordung ihres Journalisten Metin Göktepe durch die türkische Polizei verboten wurde und seitdem unter dem Namen Emek (Arbeit) erscheint. In der letzten Zeit nahm die Repression gegen die Zeitung Kurtulus zu. Die in einer neu erschienenen Broschüre vorgelegten Beispiele zeigen auf, in welcher mißlicher Lage sich die Pressefreiheit der Türkei befindet. Trotzdem erscheint Kurtulus Woche für Woche weiter, legitim und legal.

In der letzten Zeit hat die Repression aber auch eine neue Dimension dazubekommen. Nicht nur in der Türkei, sondern auch in Europa, hier insbesondere in Deutschland, wird versucht, das Erscheinen von Kurtulus zu verhindern. Am 7.12. 1996 stürmten Sondereinheiten der Polizei die Druckerei, in der die Kurtulus in Deutschland gedruckt wird. Die ArbeiterInnen der Druckerei wurden zwei Stunden lang auf dem betonboden der Druckerei liegend festgehalten, unser Mitarbeiter, der die Zeitung abholen wollte, wurde vorläufig festgenommen und erkrankungsdienstlich behandelt. Mit der 'Begründung', die Zeitung sei "das Organ der in Hessen verbotenen DHKP - C" wurde die Auflage beschlagnahmt. der Besitzer der Druckerei wurde unter Druck gesetzt, die Zeitung nicht mehr in seinem Betrieb drucken zu lassen. Einige Wochen später wurde

begonnen, die Auslieferung der Kurtulus an ihre Abonnenten in der Schweiz zu verhindern. Seitdem wird die in die Schweiz zu liefernde Kurtulus an der Grenze vom deutschen Staat beschlagnahmt. Durch Beschlagnahme von Belegexemplaren aus der Türkei und der zum Druck in Deutschland notwendigen Vorlagen wird Woche für Woche versucht, das Erscheinen der Kurtulus in Deutschland zu verhindern.

Am 10. April wurde die Auslandsvertretung der Kurtulus in Deutschland von der Polizei durchsucht. Alle Unterlagen über die Herstellung und den Vertrieb wurden beschlagnahmt. Die Personalien aller anwesenden Mitarbeiter kontrolliert.

All dies geschieht nicht etwa auf der Grundlage eines richterlichen Beschlusses gegen die Kurtulus oder eines Gerichtsverfahrens. Die Angriffe bewegen sich in der Grauzone eines 'Ermittlungsverfahrens'. Alle Beschuldigungen stützen sich auf zwei unhaltbare Behauptungen, die zudem nirgends durch einen Richter bestätigt wurden:

Die Kurtulus sei das Organ der DHKP - C und die DHKP - C sei in Deutschland verboten.

Im Zuge dieses Ermittlungsverfahrens steht es der politischen Polizei in Deutschland frei, die Kurtulus und ihre Mitarbeiter weiterhin anzugreifen, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen und ohne dass wir eine Möglichkeit haben, auch nur zu erfahren, was uns konkret vorgeworfen wird. Die Staatsanwaltschaft kann die Akteneinsicht bis zur Eröffnung eines Prozesses ablehnen, wenn ihr danach ist. So ist es um die Situation der Pressefreiheit in Deutschland bestellt.

Mit all diesen Angriffen, Einschüchterungsversuchen und Behinderungen haben sie es bisher nicht geschafft, weder in der Türkei noch in Europa, das Erscheinen der Kurtulus auch nur für eine Ausgabe zu verhindern. Die Beschlagnahme der Unterlagen und Auflagen, die vertreibung aus der für uns sehr günstig gelegenen und zu akzeptablen Preisen arbeitenden Druckerei legt uns wirtschaftlich langfristig die Schlinge um den Hals.

Die martialische Repression unter Einsatz von Sondereinheiten der Polizei, willkürliche Durchsuchungen und Festnahmen, Einschüchterungsversuche unserer LeserInnen und AbonnentInnen, denen staatlicherseits vom Lesen der Kurtulus 'abgeraten' wird, sollen die Diskussion über die in der Kurtulus verbreiteten Inhalte verhindern. Die Staaten Europas, allen voran der deutsche Staat, unterstützen immer offener das Unterdrückungsregime in der Türkei. Ihre Forderungen nach einer Verbesserung der Menschenrechtssituation werden immer leiser und angesichts der Verletzungen der Rechte der hier lebenden Menschen, insbesondere aus der Türkei, auch immer unglaubwürdiger.

Aber wir sind nicht gewillt, deren Terror widerstandslos hinzunehmen. Die Kurtulus wird weiterhin Woche für Woche erscheinen, Gegen die Angriffe werden wir uns sowohl juristisch als auch politisch zur Wehr setzen. In diesem Kampf gegen die illegitime und unserer Ansicht nach illegale Einschränkung der Pressefreiheit in Europa brauchen wir aktive Solidarität. Die erschienene Broschüre ist ein erster Schritt, um die Angriffe des deutschen Staates gegen die Kurtulus für die

Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Dieser Schritt allein wird wenig bewirken können. Um die Angriffe auf die Kurtulus und damit auch auf die Pressefreiheit in Deutschland zu stoppen, wird ein erheblicher Druck auf die herrschenden nötig sein. Wir bitten Sie sowohl um finanzielle als auch um aktive politische Solidarität für die Kurtulus.

Lassen wir es nicht zu, dass die Stimme der Kurtulus in diesem Land zum Schweigen gebracht wird.

#### **Zur Situation der Kurtulus in der Türkei**

Eine vollständige Auflistung aller Angriffe auf die Kurtulus ist uns nicht möglich. Einige Beispiele aus den letzten Jahren genügen aber, um das Maß der Repression und vor allem die Extralegalität der Angriffe aufzuzeigen.

Am 24. November 1994 wurde das Zentralbüro der Kurtulus in Istanbul von der Polizei gestürmt. Acht MitarbeiterInnen, Selda Özcan, Hattice Akdogan, Savas Karakurum, Ilder Alcan, Murat Kuyumcu, Tarik Tolunay, Bülent Bağcı und Ufuk Dogbay wurden festgenommen. Die Redaktion wurde regelrecht geplündert. Fünf der Festgenommenen wurden am nächsten tag wieder freigelassen, Tarik, Bülent und Ufuk dagegen wurden 15 Tage lang auf der Polizeistation festgehalten und schwer gefoltert.

In ähnlichen Aktionen wurden 1994 insgesamt 59 MitarbeiterInnen festgenommen, 21 davon wurden später verhaftet.

Am 22. Juli 1995 wird die Istanbul Kurtulus Korrespondentin Seher Sen demir zusammen mit drei weiteren Personen an einer Tankstelle festgenommen. Auf der Polizeiwache wird

sie schwer gefoltert und muß mit einem Schädeltrauma ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Anfang November nimmt die Polizei die Kurtulus MitarbeiterInnen auf dem Weg zur Druckerei fest. Alle werden 6 Tage lang gefoltert, die Ausgabe wird beschlagnahmt. Kurtulus MitarbeiterInnen im In- und Ausland protestieren daraufhin mit einem Hungerstreik, und mit nur einem Tag Verspätung erscheint die Neuauflage der beschlagnahmten Ausgabe. Der auch nach den Gesetzen der Türkei rechtswidrige Angriff wurde auf diese Weise über die Grenzen hinaus bekannt. Insgesamt wurden 1995 71 MitarbeiterInnen der Kurtulus festgenommen, 5 davon wurden verhaftet.

Am 4. Mai 1996 wird Bülent Bağcı, Mitarbeiter des Istanbul Zentralbüros, zusammen mit der Übersetzerin der internationalen Delegation zum 1. Mai, sowie Derya Kartal und Emel Tok, MitarbeiterInnen des Haziran Verlages im Sultanahmed Park in Istanbul festgenommen. Am gleichen Tag werden die drei Begleiterinnen Bülent Bağcıs wieder freigelassen, er selbst verbleibt in der 'Anti-terror-Abteilung' in der Vatan Caddesi in Istanbul. Bülent wird zwei Wochen lang mit allen nur erdenklichen Methoden schwer gefoltert. Seine gesundheitliche Verfassung ist sehr schlecht, er kann wochenlang aufgrund von Schlägen auf die Fußsohlen nicht laufen. Er befindet sich in Lebensgefahr, bevor er am 13. Mai vom Staatssicherheitsgericht (DGM) in Istanbul verhaftet und in das Isolationsgefängnis in Eskisehir gebracht wird. Während des Todesfastens im Sommer 1996 nahm Bülent in der ersten Gruppe der Todesfastenden die ganzen 69 Tage

hindurch teil. Nach Beendigung des Todesfastens, dessen Ergebnis unter anderem die Zusage der Verlegung aller politischen Gefangenen aus der Isolationshaft in Eskisehir in andere Gefängnisse war, wurde er nach Ümraniye in Istanbul verlegt.

Am 17. Dezember 1996 wird Bülent Bağcı vom Staatssicherheitsgericht in Istanbul zu 12 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen seine Folterer wurde die Eröffnung eines Verfahrens vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof beantragt.

Am 13. Mai 1996 wird der 17jährige Verkäufer der Kurtulus, İrfan Ağdas, in Alibeyköy/Istanbul auf offener Straße von Zivilpolizisten erschossen. Die Mörder setzten sich auf den am Boden liegenden Jungen, um zu verhindern, dass der von BewohnerInnen des Viertels gerufene Krankenwagen İrfan retten kann. Erst als keine Rettung mehr möglich ist, bringen sie ihn zum Krankenhaus. Unterwegs schlagen sie auf den schon leblosen Körper brutal ein.

Insgesamt wurden 1996 86 MitarbeiterInnen der Kurtulus festgenommen, 31 von ihnen wurden verhaftet.

Illegale Angriffe auf die Redaktionen der Kurtulus gehören mittlerweile zur Tagesordnung unserer MitarbeiterInnen. den Rekord hält dabei das Büro in Adana, das seit Ende letzten Jahres mindestens einmal pro Woche von der Polizei gestürmt wird. Die Zentralredaktion in Istanbul wurde zeitweilig mehrmals am gleichen Tag von der Polizei durchsucht. Dabei versucht die Polizei, die Redaktion möglichst handlungsunfähig zu machen, indem sie Fotoapparate und Schreibmaschinen zerstört.

Allein in den Jahren 1991 bis 1996 wurden die ca. 20 Büros der Kurtulus in der Türkei 108

mal von der Polizei gestürmt. Nur im Jahre 1990 wurden gegen die damals unter dem Namen Mücadele erscheinende Kurtulus fast 40 Verfahren eingeleitet. In fünf Verfahren wurden alle Angeklagten freigesprochen, vier Verfahren wurden eingestellt. Die Angeklagten in 18 weiteren Prozessen befinden sich immer noch in Untersuchungshaft, ein Ende der Verfahren ist nicht abzusehen.

Kurtulus...

Eine oppositionelle Zeitung  
Eine Kampagne gegen die Angriffe auf die Pressefreiheit

Angriffe gegen die Pressefreiheit in der Türkei sind nichts Neues. Angriffe auf die sozialistische Wochenzeitung Kurtulus in der Türkei sind auch nichts Neues. Seit 11 Jahren erscheint in der Türkei die Zeitung Kurtulus. Sie versteht sich als ein Sprachrohr der unterdrückten Völker in der Türkei. Seit 11 Jahren versucht der türkische Staat, ihre Stimme zum Schweigen zu bringen.

Weil Kurtulus die Probleme der Menschen in der Türkei aufgreift, weil sie die politischen Verantwortlichen nennt. Weil sie Rechenschaft fordert von den Unterdrückern der Völker in der Türkei.

Deswegen werden immer wieder einzelne Ausgaben beschlagnahmt oder verboten.

Deswegen werden die Redaktionen von der Polizei gestürmt und verwüstet.

Deswegen werden die Korrespondenten festgenommen, gefoltert und unter absurden, durch nichts zu beweisenden Anschuldigungen ins Gefängnis gesteckt...

Aber trotz aller Versuche, die Zeitung durch Einschüchterung und massive Repression zur

Aufgabe zu zwingen, ist die Kurtulus nach wie vor eine legale Zeitung in der Türkei.

Die Geschichte der Angriffe auf die Kurtulus ist lang, zu lang, um sie in Kürze umfassend darzustellen.

Anhand eines Dossiers haben wir versucht, zumindest einen Eindruck der Angriffe als auch der Arbeit der Kurtulus zu übermitteln:

Das vollständige Dossier ist in einem adressierten und mit 3,- DM Rückporto versehenen Umschlag zu beziehen bei:

**Kurtulus Deutschland; Kalkarer Str. 2, 50733 Köln, Tel.: 0221 - 760 76 80; Fax: 0221 - 760 28 87).**

Presse- und Meinungsfreiheit sind hohe Rechtsgüter in jedem Staat, der sich demokratisch nennt. Die Durchsuchungen, Festnahmen, Beschlagnahmungen stellen erhebliche Eingriffe in diese Rechte dar.

Ich fordere die zuständigen Ermittlungsbehörden und die politischen Verantwortlichen auf, diese Angriffe einzustellen. Auch in Deutschland soll sich die Öffentlichkeit ohne Behinderung durch staatliche Behörden anhand der Kurtulus über die Situation in der Türkei informieren können.

Ich fordere die Einstellung der Angriffe auf die Zeitung Kurtulus, die gleichzeitig Angriffe auf die Pressefreiheit in Deutschland sind.

Ich fordere die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen MitarbeiterInnen, LeserInnen und UnterstützerInnen der Kurtulus.

**Name Anschrift Unterschrift**

**(an: Informationszentrum für Freie Völker, Kalkarer Str. 2, 50 733 Köln)**

## Zur Europareise von Norma Lorena Valdez Santos

Für die Freilassung des mexikanischen Lehrers Gregorio Alfonso Alvarado Lopez

### - Eine Nachbetrachtung -

Während der Europareise von Norma Lorena Valdez Santos vom 10.5. bis zum 13.6.1997 im Rahmen der Kampagne für die Freilassung ihres am 26.9.1996 in Chilpancingo im mexikanischen Bundesstaat Guerrero verschleppten Mannes, des Lehrers Gregorio Alfonso Alvarado Lopez, fand am 15.5.1997 auch eine Veranstaltung in den Räumen des Internationalen und Antifa-Zentrums Recklinghausen statt, an der neben Norma 17 Personen (überwiegend aus Dortmund) teilnahmen. Norma berichtete davon, daß bereits seit Januar 1996 ihre Familie systematisch überwacht wurde und zahlreiche Versuche unternommen worden waren, ihren Mann einzuschüchtern; entsprechenden Hinweisen (etwa aufgeschriebenen Nummernschildern der benutzten Autos) jedoch gingen die mexikanischen Behörden nicht nach; auch die staatlichen Menschenrechtskommissionen Mexikos ließen sich davon nicht zum Handeln bewegen und demonstrierten damit, was ihnen die Menschenrechte tatsächlich wert sind.

Nach der Verschleppung von Gregorio breiteten sich sehr schnell überall im Lande Aktionen zur Solidarität mit ihm aus. Norma hatte zahlreiche Fotos mitgebracht, die zeigten, daß weit über den Bundesstaat Guerrero hinaus mit Protestdemonstrationen, Hungerstreiks und

anderen Aktionen das lebende Wiederauftauchen ihres Mannes gefordert wurde und wird. Für alle Beteiligten war klar: Es ging und geht nicht nur um Gregorio, sondern um das Schicksal aller in Mexiko Verschleppten, in einem geheimen Gefängnis Festgehaltenen oder sonstwie "Verschwundenen". Bis heute weiß niemand, ob Gregorio noch lebt oder nicht sein Leichnam irgendwo verscharrt worden ist.

Die Aktionen für Gregorio blieben nicht auf Mexiko beschränkt, sondern fanden über eine "urgent action" von amnesty international auch in anderen Staaten des amerikanischen Kontinents Widerhall. Auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten sah sich nach entsprechendem Appell veranlaßt, die mexikanische Regierung um Aufklärung dieser Angelegenheit zu ersuchen. Norma begann ihre Rundreise in Europa mit Deutschland, wo sie von Angehörigen mehrerer Organisationen (darunter insbesondere KPD, DIDF) begleitet wurde und auch Gespräche mit den Vertretungen einiger Bundestagsfraktionen führte (wobei insbesondere die PDS und SPD zusagten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen das Verschwindenlassen fortschrittlicher Menschen in Mexiko tätig zu werden; Kritik ist hier an der Bundestagsvertretung der Grünen angesagt, die die durch ein Steckenbleiben des Fahrzeugs von Norma auf dem Weg zu ihnen in einem Stau bedingte Verspätung zum Anlaß nahmen, ihr Interesse an der Entführung ihres Mannes quasi auf Null zu reduzieren). Veranstaltungen fanden u.a. auf dem Pfingsjugendtreffen in Gelsenkirchen mit Solidarität International

sowie in Kiel mit der Roten Hilfe e.V. statt. (Dort hatte es eine unschöne Auseinandersetzung mit einer sektiererischen türkischen Gruppe namens MLKP gegeben, die die Veranstaltung mit Brachialgewalt zu ihrer eigenen umfunktionieren wollte, was ihr aber nicht gelang.)

Weitere Stationen nach Deutschland waren Dänemark, Belgien, Frankreich, Spanien und die Türkei. In der Türkei, in der die politische Lage in mancherlei Hinsicht mit der in Mexiko vergleichbar ist, war die Solidaritätskampagne für die Verschwundenen in Mexiko besonders erfolgreich.

Am letzten Tag ihres Aufenthalts in Europa (in Frankfurt am Main, von wo aus sie nach Mexiko zurückflog) wurde Norma noch ein unverhoffter Erweis der Solidarität zuteil. Bei einer Abschlußfeier in kleinem Kreis am 13. Juni erschien Dr. Christoph Heise, Leiter der Internationalen Abteilung beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), einer Schwestergewerkschaft der mexikanischen Lehrer- und Erziehergewerkschaft CNTE, an deren Aufbau im Staat Guerrero ihr Mann maßgeblichen Anteil hatte, und überreichte Norma einen Solidaritätsbrief und 2400 DM aus dem Heinrich-Rodenstein-Fonds zur Unterstützung der Familie.

Erschienen ist auch ein vom Solidaritätskomitee Gregorio Alfonso Alvarado Lopez im Zeitungsverlag RM (Postfach 401051, 70410 Stuttgart, Fax 0711/8702445) herausgegebenes Buch mit dem Titel "Verschwunden" mit einigen Dokumenten zum Fall des verschwindenen Lehrers sowie zur Lage in Mexiko (Preis 10 DM)

## FRIEDENSZUG "MUSA ANTER" VON BRÜSSEL NACH DIYARBAKIR

*Wir alle wissen seit langem vom Krieg in Kurdistan. Von den Menschenrechtsverletzungen der Türkei. Von den Opfern. Den Flüchtlingen und den vielen Menschen, die gefoltert werden.*

*In diesen Tagen schiebt sich die Dampfwalze der türkischen Kriegsmaschinerie als tödlicher Zug auf dem Wege einer völkerrechtswidrigen Invasion in die Kurdengebiete des Nordirak. Erneut auch hier Tod und Verderben stiftend. Die Option des Krieges auf alle Ewigkeit verlängern und ausdehnend.*

Entgegen dem Veto des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Entgegen den Friedens- und Menschenrechtsvorstellungen des Europäischen Parlaments. Entgegen den Friedensbekundungen und der Verhandlungsbereitschaft der kurdischen Seite. Gegen auch unsere Bemühungen und Aufrufe und Friedenskonferenzen, die unter dem Namen Appell von Hannover Beachtung fanden.

*Der Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei für die Fortsetzung und Ausdehnung des Krieges wollen wir heute unsere demokratische Friedensvorstellung entgegensetzen.*

Wir schicken der Invasion einen Friedenszug ins Haus.

Einen europäischen Friedenszug, der von Brüssel über Istanbul nach Diyarbakir fährt. Ein Friedenszug mit dem Namen des ermordeten kurdischen Dichters MUSA ANTER.

Einen Sonderzug der europäischen Bundesbahnen mit Menschen aus Deutschland und ganz Europa. Die den Völkern der Türkei und Kurdistan den Friedenswunsch der Völker Europas überbringen.

*"Es ist höchste Zeit für den Frieden in Kurdistan"*

Diese Botschaft ist gerichtet an die Regierung der Türkei. Verbunden

mit der Erwartung auf Einhaltung der Menschenrechte. Auf Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit.

Diese Botschaft wird in Istanbul und Diyarbakir im Rahmen großer Friedensfestivals ihre Bestätigung finden.

Die Botschaft des Friedenszuges gründet auf vielfältigen Bekundungen des kurdischen Volkes und der Völker der Türkei für den Frieden und den politischen Dialog auf dem Weg zu einer allgemeinen Demokratisierung. Jenseits aller Waffen.

Die Menschen des Europäischen Friedenszuges erwarten während ihrer Anwesenheit eine Antwort der Türkischen Regierung. Die Antwort sollte die Vorstellungen des kurdischen Volkes und die Forderungen des Europäischen Parlaments positiv berücksichtigen.

Ein Zeichen der Friedensbereitschaft der Türkischen Regierung wäre die sofortige Freilassung der international bekannten Abgeordneten Leyla Zana und des renommierten Wissenschaftlers Ismail Besikci sowie aller anderen inhaftierten Parlamentarier, Schriftsteller und Journalisten.

Die TeilnehmerInnen des Europäischen Friedenszuges, darunter Vertreter von namhaften Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Parteien, Verbänden und NGO's\* werden vor ihrer Rückkehr in die Metropolen Europas in einem demonstrativen Akt den Friedenswunsch der demokratischen Menschen Kurdistan und der Türkei öffentlich bestätigen.

*Das Versprechen auf Demokratie erfordert die friedliche Lösung des Konfliktes*

Eine weite Reise für den Frieden in einem großen Zug auf langer Fahrt wird auch für die Beteiligten eine großartige solidarische Möglichkeit der menschlichen Begegnung bieten. Eine lange Fahrt mit Lesungen,

Vorträgen und Programmen in allen reservierten Waggons.

*Zur Teilnahme an diesem Ereignis wird herzlich eingeladen.*

Bitte unterstützen Sie das wichtige Vorhaben auch durch Ihre Spende unter dem Stichwort "Friedenszug" auf das Konto

Appell von Hannover, 19000737, BLZ 51250000, Taunus Sparkasse Oberursel.

**DER START:**

Die 10 Waggons des Sonderzuges starten in Brüssel am 26. August gegen 7.00 Uhr am frühen Morgen. Am Vorabend der Abfahrt wird in Brüssel eine große europäische Friedenskundgebung stattfinden, durch die Zug und Reisende mit ihrer Botschaft verabschiedet werden.

Die Reisezeit dauert insgesamt etwa 47 Stunden bis zur Ankunft in Istanbul. Wir werden uns bemühen, möglichst Liegewagen zu reservieren, damit die TeilnehmerInnen ausgeruht ankommen.

Die Route wird durch Aufenthalte und Kurzveranstaltungen in verschiedenen an der Strecke liegenden Stationen unterbrochen: Köln, Mainz, München, Wien, Sofia. Nach der Abfahrt aus Istanbul wird der Zug an jeder Station auf dem Weg nach Diyarbakir haltmachen.

*Ankunft am 1. September zum Großen Friedensfest in Diyarbakir.*

**(Anmeldung und weitere Information über:**

**Appell von Hannover, Fax: 06171 - 981334, PF 35, 61445 Oberursel)**

(NGO ( Non Governmental Organizations) = nichtstaatliche Organisationen; Anm. d. Red.)

## **URLAUB IN DER TÜRKEI IST IHR GUTES RECHT.... ..ÜBERLEBEN DAS RECHT DES KURDISCHEN VOLKES**

*Wenn Sie über Ihr Urlaubsziel 1997 nachdenken und beginnen, Prospekte und Angebote zu prüfen, bedenken Sie bitte folgende Punkte:*

*Die Türkei ist, wie Sie sicherlich auch den Prospekten entnehmen können, ein schönes Land. Sie bietet Sehenswürdigkeiten und verfügt über weite, schöne Strände. Es ist zudem ein Land, in dem man günstig Ferien machen kann. Aber das ist nur eine Seite der Medaille. Über die Türkei gibt es noch weitere wichtige Informationen zu beachten.*

Seit 13 Jahren führt der türkische Staat mit großem technischen und finanziellen Aufwand einen Krieg gegen das kurdische Volk. Die Kriegsbilanz des türkischen Menschenrechtsvereins IHD für das Jahr 1996 belegt u.a.:

2859 Tote bei militärischen Gefechten

78 Morde durch "unbekannte Täter"

190 extra-legale Hinrichtungen und durch Folter in Polizeihaft ermordete Menschen

346 registrierte Folterfälle

20 434 Festnahmen ohne Haftbefehl

68 entvölkerte und zerstörte Dörfer und Ortschaften

140 wegen "Meinungsschuld" inhaftierte Personen

421 in Haft befindliche Pressearbeiter

Der türkische Staat hat bisher für diesen völkerrechtswidrigen Krieg immense Summen aufgewendet. Die Staatskassen sind leer, die Inflationsrate ist inzwischen auf 120 % geklettert. Dennoch kennt die türkische Regierung keinen anderen Weg, als den immer neuer und scheußlicherer Verbrechen gegen die kurdische und oppositionelle türkische Bevölkerung. Morde, Repression, Vertreibung und Dorfzerstörungen, "Verschwindenlassen" von Regimekritikern und Übergriffe auf Kriegs- und Zivilgefangene -die Vertreter dieses Staates setzen mehr denn je auf eine militärische Lösung. Diese Vorgehensweise wird durch die folgenden Worte des stellvertretenden Staatschefs der türkischen Armee mehr als deutlich: "Wir werden den Terrorismus ausrotten, aber Demokratie und Menschenrechte behindern uns dabei."

Mehr und mehr verlagert sich der Krieg auch in die Städte und Urlaubsgebiete der Türkei. Aufgrund dieser Tatsache kann die Sicherheit der Urlauber in der Türkei nicht gewährleistet werden.

Eine der Haupteinnahmequellen, die diese Kriegsmaschinerie in Gang hält, ist der Tourismus. Allein im letzten Jahr suchten 8 Millionen ausländische Urlauber die Türkei als Urlaubsland auf, hierbei hinterließen sie 6 Milliarden Dollar an Devisen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass jeder von Europa in die Türkei reisende Tourist zum Militär an Verbrechen gegen das kurdische Volk wird. Unser Appell gilt an alle, die sich für Menschenrechte und Gerechtigkeit einsetzen. Jede nicht gebuchte Reise trocknet die Finanzquellen für den schmutzigen Krieg in hohem Maße aus und bedeutet somit einen Beitrag für eine demokratische und gerechte Lösung.

**BOYKOTTIEREN SIE DIE TÜRKEI ALS URLAUBSLAND UND LEISTEN SIE  
EINEN BEITRAG FÜR DEN FRIEDEN IN KURDISTAN  
(FEYKOM, YEK-KOM, FEK-KAR)**